

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzige Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Betriebs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechs gespaltene Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerbliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Verleger: Rudolf I. Nr. 1508.
Telegraphen-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 29. Juli 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Terroristen an der Arbeit.

Marg hat einmal von den Trades Unions organisierten englischen Arbeitern gesagt, sie seien die Preisfechter des gesamten Proletariats der Welt gewesen. Von den dänischen Unternehmern können wir heute mit gleichem Recht sagen: sie sind die Preisfechter des internationalen Unternehmertums. Die Massen-Aussperrung in Dänemark ist keine nationale Angelegenheit, sie ist in einem Maße wie kein früherer Klassenkampf zwischen Arbeitern und Kapitalisten eine internationale Angelegenheit, ein internationaler Kampf.

Die dänischen Geldproben würden sich nimmermehr zu diesem Feldzug gegen die Klassen-Organisation der Arbeiter entschließen haben, wenn sie nicht im Voraus sich der Unterstützung ihrer Klassen- und Standesgenossen in den übrigen Kultur- und Industrieländern versichert hätten. Momentlich in dem stammverwandten Deutschland, wohin die dänischen Arbeiter gern wandern (nicht auswandern), hatte man das Terrain vorher sondiert und die blühendsten Zusagen kräftigster Unterstützung empfangen. Insbesondere hatte man die Zusage, daß kein ausgesperrter dänischer Arbeiter in Deutschland Beschäftigung erlangen würde. Die Aussperrung der Arbeitswilligen von der Arbeit war also gleich von vornherein mit einer Aussperrung vom Brot, mit dem wirtschaftlichen Interdikt verbunden. Wir wissen, daß die Zusage gehalten worden ist. Das Sprüchwort von der Ehrlichkeit unter Dieben gilt auch für die Günst der Arbeitgeber. Und nicht bloß ist die Zusage gehalten worden — nein, auch in jeder Weise hat das ausländische Unternehmertum die dänischen Kollegen unterstützt: sie angefeuert, angestachelt, aufgestachelt, für den unbarbarischen Terrorismus scharf zu machen gesucht. Die Briefe der König Stumm und verwandter Seelen, die, ähnlich wie weiland der Jar von Saarabien den Hamburger Reedern während des Hafenarbeiter-Streiks, den dänischen Proleten Mut zusprechen und sie ermahnen, nicht eher zu ruhen, bis die „rebellischen“ Arbeiter vom Hunger auf die Knie gebracht und gezwungen sind, ihre einzige Waffe: die Organisation zur Ausübung des Koalitionsrechts zu zerbrechen — pour encourager les autres — um den Arbeitern der anderen Länder als warnendes Beispiel zu dienen — diese Briefe zu lesen, das wäre ein kulturgeschichtliches Studium.

Wir lernen ja schon den kulturgeschichtlichen Wert Stumm'scher Briefe, wenn ihnen auch, wie das Bericht festgestellt hat, kein geistiger Wert innewohnt, so daß sie kein geistiges Eigentum bilden können.

Das Fureden und Feyen, verbunden mit der thätkräftigen Unterstützung durch allgemeines Aussperrten der Ausgesperrten, hat denn auch seine Wirkung nicht verfehlt; die dänischen Arbeitgeber fühlen sich auf der Höhe ihrer internationalen Mission, und zu den 40 000 schon ausgesperrten wollen sie jetzt noch weitere 15 000 aussperrten, damit die Prostrationen verringert werden müssen, und der Hunger seine Arbeit rascher verrichtet.

Hunger! Nicht der Hunger, welcher der beste Koch ist für den, infolge von Ueberfütterung, an Appetitlosigkeit leidenden Reichen — nein, der Hunger, welcher den Magen zernagt und in das Mark der Knochen hineinbeißt — der grausamste, gefährlichste Feind der Armut, und der zur Armut verurteilten Arbeit. Der Hunger, dieser mächtigste Bundesgenosse des Kapitalismus, dieser Vandal der stärksten Kraft und der festesten Einschlüsse, diese trodene Guillotine, die, wie wir früher schon sagten, weit qualvoller ist, als die nasse, und die ihr Ziel sicherer trifft, als das Schwert und die Kugel: er, der Hunger, der abbezwingende Würger, ist die Hauptstütze, ist das Hauptwerkzeug, die Hauptwaffe des modernen Terrorismus. Was ist verpöcht mit diesem Schreckmittel die Guillotine der alten französischen Revolution, die Nitraillense, die zu Hunderten, zu Tausenden die Männer, Frauen und Kinder der Kommune hinhängte, wie im Juni die Grashalme von der Sichel gemäht werden? Kein Despot des Altertums und der Neuzeit hat gleichen Terrorismus geübt, konnte und kann gleichen Terrorismus üben, wie der moderne Despot von Kapitalismus Gnaden, dem Leib und Seele „seiner“ Arbeiter gehört, und für den die Arbeiter nicht Menschen sind, sondern Sachen, mit denen er thun kann, was er will.

Nur eine Möglichkeit giebt es für den Arbeiter, sich aus der Bastille dieses absoluten, unbeschränkten Despotismus zu retten, sein Menschenrecht ihm gegenüber zu behaupten. Diese einzige Möglichkeit liegt im Koalitionsrecht. Das Koalitionsrecht wird deshalb auch ingrimmig von dem Unternehmer-Despotismus gehaßt. Es den Arbeitern zu rauben, ist das Ziel des Unternehmer-Despotismus, und der Zweck des Unternehmer-Terrorismus in allen Ländern des europäischen Festlandes. In Deutschland Knebelung der Arbeiter, durch die der Unternehmer-Despotismus mit einem Male sein Ziel erreichen soll — in Dänemark diese Massen-Aussperrung, durch die wider Recht und Gesetz den Arbeitern ihre beste Waffe und Waffen zerbrochen werden soll.

Über 55 000 Arbeiter die Folter des Hungers verhängt, weil sie von ihrem gesetzlichen vertriebenen Naturrecht Gebrauch machen — und dieses Schreckenssystem verhängt unter dem Beifall des Unternehmertums aller Länder des europäischen Festlandes! Kommt der Terrorismus, kann die Geschloßigkeit, kann die Unmenschlichkeit des kapitalistischen Unternehmertums handgreiflicher dargehen, in grellerer Beleuchtung gezeigt werden?

Der Kampf, den die dänischen Arbeiter gegen die Hungertaktik des fatten Unternehmertums führen, ist der nämliche Kampf, wie der Kampf der deutschen Arbeiter gegen die geplante Knebelung. Beides ist ein Kampf; und darum gebietet und das Klasseninteresse ebenso wie die Humanität, den dänischen Genossen Hilfe zu gewähren, Hilfe im äußersten

Maße unserer Kräfte, denn ein Sieg des dänischen Unternehmer-Terrorismus wäre gleichbedeutend mit einem Sieg des deutschen Unternehmer-Terrorismus!

Dram, Hilfe den dänischen Brüdern!
 Und nieder mit der Schreckensherrschaft des internationalen Kapitalismus!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Juli.

Der Kampf um Viesterfeld.

Vor einigen Monaten wurde auf einen merkwürdigen Fall von Politik im Gothaischen Hofkalender hingewiesen. In der Vorrede der Redaktion zum Jahrgang 1899 fanden sich folgende Bemerkungen:

„Tiefgehende Veränderungen in dem genealogischen Teile des Hofkalenders sind nicht vorgenommen worden, wenn auch in diesem Jahre, wie schon oft, mannigfaltige Versuche — zum Teil unter Drohungen — gemacht worden sind, die Redaktion von ihren alten bewährten Grundrissen abzubringen und den Hofkalender Sonderbestrebungen dienstbar zu machen. Es sei auch hier darauf hingewiesen, daß der Hofkalender nie Politik getrieben hat noch treiben wird. Er hält sich einfach an die vollendeten Thatfachen und verzeichnet sie historisch möglichst getreu. Tugend welche Bevorzugungen oder Parteinahme findet nicht statt. Tadel gegen hat er oft genug schon Schußlos gegen seiner Meinung nach unberechtigten Angriffe dadurch Schutz gewährt, daß er an dem bisherigen Wortlaut festhielt.“

Die Tragikomödie, die sich in der Redaktion des harmlosen Hofkalenders abgespielt hatte, bestand darin, daß sie der Weisung widerstrebt hatte, die Kinder des jetzigen Regenten von Lippe deshalb aus dem Kalender zu streichen, damit ihre Ebenbürtigkeit nicht anerkannt werde.

Die Gothaische Hofkalender-Redaktion zeigte also eine nicht unehrliebe Widerstandsfähigkeit gegen mächtige Einflüsse. Aber Strafe muß sein, und da es nicht gelungen war, den Kalender, übrigens ein durch seine statistischen Nachweise sehr nützlich Buch, durch gültliche Ueberredungen zu beeinflussen, so griff man zur finanziellen Gewalt, man suchte ihn mürbe zu machen, indem man ihm künstlich eine Konkurrenz schuf, zum erstenmal seit seinem Bestehen, seit 136 Jahren. Wie wir den „Dresdener Nachrichten“ entnehmen, erfahen bald auf dem Markt ein Buch mit dem Titel:

„Jahrbuch des hohen Adels, umfassend die Abstammung der deutschen landesherrlichen Häuser etc.“

Interessenten und Käufer der Fachliteratur konnten, so schreibt das erwähnte Blatt, nicht begreifen, was die als Verleger gezeichnete Verlagsbuchhandlung für Kriegswissenschaft, G. m. b. H., Berlin W. (Geschäftsführender Geschäftsführer der königlich-preussische Hofbuchhändler Hans Kufftich) veranlaßt haben konnte, den Versuch zu machen, mit diesem Jahrbuch den Gothaischen Hofkalender zu verdrängen. Der Vergleich ergibt, daß es außer einigen nicht neuen, irgend einem heraldischen Handbuch entnommenen Bemerkungen über die ursprüngliche Bedeutung der Bezeichnungen Graf und Herzog, nichts enthält als einen fast buchstäblichen Abdruck der beiden ersten Abteilungen des Gothaischen Hofkalenders, wobei es wahrscheinlich in Ermangelung eigener Quellen bei neuen Ereignissen nur den vorjährigen Jahrgang des Gothaer abgeschrieben konnte. Dabei kostet das Jahrbuch bei einem Umfange von nur 100 Seiten 4 Mk., während der Gothaische Hofkalender, der außer dem genealogischen Teil noch das viel wichtigere diplomatische Jahrbuch enthält, bei einem Umfang von 1335 Seiten nur 8 Mk. kostet. Das Rätsel löst sich allein, aber in überaus charakteristischer Weise, wenn man in beiden Handbüchern den Artikel „Lippe“ vergleicht. Während im „Gothaer“ selbstverständlich alle Glieder des Hauses verzeichnet sind, hat der Berliner Kriegsverlagsbuchhändler in seinem Jahrbuch allein den Graf-Regenten von Lippe aufgenommen, seine Kinder und andere Glieder des Hauses aber unbarbarisch aus der Liste der Lebenden gestrichen. Wo allein zu diesem Zwecke mühte die Kriegsverlagsbuchhandlung des Herrn Kufftich dem über 100jährigen Gothaischen Hofkalender ein Konkurrenzunternehmen bringen und das neue Jahrbuch unter ihre Fittiche nehmen. So sicher es ist, daß wirklich leitende Persönlichkeiten der Sache ganz fern stehen, so charakteristisch und interessant ist sie für eine bei jeder Gelegenheit sich einstellende liebedienerische Geschäftspraxis, die den Personen und der Sache, der sie dienen will, in den Augen der unabhängig und klar Denkenden nur großen Schaden bringt.“

Zu diesen erbaulichen Enthüllungen, die gerade in ihrer vorsichtigen Formulierung deutlich reden, nehme man folgendes Inserat der „Lippischen Landeszeitung“ vom 26. Juli:

„Die aus Anlaß meines Geburtstages mir überlieferten freundlichen Glückwünsche, die mir so zahlreich aus dem Lippischen Lande wiederum dargebracht sind, haben mich herzlich erfreut und sage ich auf diesem Wege meinen aufrichtigsten Dank für dieselben. Adolf, Prinz zu Schaumburg-Lippe. Bonn, Palais Schaumburg, den 21. Juli 1899.“

Der durch den Schiedsspruch des Königs von Sachsen seines Anspruchs auf den Thron von Lippe verlustig gegangene Prinz bringt sich den „Unterthanen“ seines siegreichen Rivalen auf dem Wege des Zeitungsinserats in empfehlende Erinnerung. Er beruft sich auf die Sympathien, die er in seinem ehemaligen Lande genießt — um zu zeigen, wer eigentlich der „angestammte“ Herrscher sei.

Wenn die 1866 widerrechtlich entthronten Fürsten von Hessen und Hannover derartige Kundgebungen erlassen hätten, so würde Bismarck schleunigst Abwehrmaßregeln verlangt haben, obwohl das doch ihr gutes Recht gewesen wäre und derartige Dankgebungen begründete Antworten auf wirkliche Sympathiekundgebungen gewesen wären. Jetzt nimmt ein durch rechtlichen Schiedsspruch seiner unbefugten Ansprüche entledigter Prinz für sich das Recht in Anspruch, dem legitimen Fürsten

öffentlich klar zu machen, daß die Günst des Volkes nicht dem wirklichen Regenten gehöre, sondern dem unberechtigten Thronanwärter.

Der Fall zeigt nicht nur, wie man heutzutage den uralten Hofgeist aus der Popszeit sinnig mit der modernsten Technik des Inferierens vereint, sondern er beweist auch, mit welchen eigenartigen Mitteln man gegenwärtig das monarchische Gefühl zu stärken meint.

Bitterer Zucker.

—st— Wien, 27. Juli.

Das Ministerium Thun-Raizl hat den Wogen überspannt. Nach dem sich die guten Oesterreicher zwei Jahre lang die entwürdigende Verordnungsverwaltung ohne Murren gefallen haben lassen, so meinte die Regierung wohl, es könnte ihnen alles, also selbst die verfassungswidrig vollzogene Anferlegung neuer Steuern, zugemutet werden. Nur so ist es zu erklären, daß die Regierung sich vernessen hat, die Steuer auf Zucker mittels des § 14, also ohne Parlament, um fast die Hälfte zu erhöhen. Aber wenn auch die politische Reife der durchschnittlichen Oesterreicher so geartet ist, daß Verletzungen der Verfassung hier gleichmütig hingenommen werden: Da es an den Geldbeutel geht, werden selbst die Leute störrig, die sich im allgemeinen über den Mißbrauch mit dem § 14 nicht aufzuregen vermögen. Nun regnet es, seitdem das Reichs-Gesetzblatt die kaiserliche Verordnung kundgemacht hat, Prozesse über Prozesse. Die Regierung hat zwar den ganzen Polizei-Apparat aufgebieten, um der Opposition Herr zu werden — die Zeitungen werden konfisziert, die Versammlungen verboten oder aufgelöst, die Geschäfte der Gemeindevertretungen sistiert —; aber man sieht doch, daß es eine wirkliche und tiefgehende Bewegung ist, die sich da gegen den immer dreister auftretenden Absolutismus regt. Das Vorgehen der Regierung Thun war wirklich eine Herausforderung; es war weder notwendig noch berechtigt. Daß sich der Widerspruch nun so kräftig regt, zeigt also an, daß die Oesterreicher, dieser vorgeschobene Pöbel der europäischen Kultur, für den Absolutismus denn doch nicht genug verkommen sind.

Es ist nicht wahrscheinlich, daß die lauten Proteste die oktroyierte Steuer wegschaffen werden, dazu ist die Gewalt einer fertigen That-sache zu groß. Aber sicher ist, daß sie die Regierung zwingen werden. Diese Steuererhöhung wird denen, die sie verübt haben, noch bitter genug werden. Mit dem verfassungswidrigen Ausgleich hat sich die Regierung den Stein um den Hals gelegt, der sie rettungslos in die Tiefe ziehen wird. Die politische Lage in Oesterreich ist deshalb so seltsam, weil die am Ruder befindliche Regierung ganz und gar unmodern ist, sich aber stolz als „Unveränderlich“ darstellt. Denn es sind noch etliche Verfassungsbrüche zu begehen — die Ausgleichsbestimmungen über die Bank, über die Salutareregulierung, über die Verrechnung des Ertrages der indirekten Steuern werden alle mit dem § 14 in Kraft gesetzt werden —, und es wäre wirklich schwer, eine neue Regierung aufzutreiben, die das Werk fortzusetzen bereit wäre, das die Herren Thun und Raizl so glorreich begonnen. Und das merkwürdigste ist, daß diese weiteren Verletzungen der Verfassung erst möglich sein werden, nachdem das Parlament heimgeschickt sein wird. Der Reichsrat muß im Oktober einberufen werden — um die Delegationen zu wählen —, aber er darf im November nicht mehr beisammen sein, weil sonst die Regierung den Ausgleich nicht zu Ende führen könnte. Wird gegen alle Verwunst die Regierung Thun im Oktober noch am Ruder sein, so wird damit offen zugegeben, daß man den Reichsrat zu keinem anderen Zwecke einberuft, als um ihm die Delegationenrechte abzulösen, daß man aber die Absicht hat, ihn danach sofort wieder heimzubeschicken. Deshalb konzentriert sich das gesamte politische Interesse heute darauf, ob es möglich sein wird, diese Wahlen zu verhindern. Daß es unter Umständen notwendig sein kann, steht außer allem Zweifel. Es ginge das freilich nur mit wirklicher Gewalt. Alle Steuererhöhungen mit dem § 14 sind selbst nichts anderes als Gewalt, und das Gewalt von oben die Gewalt von unten hervorruft, ist eine Wahrheit, von der die Geschichte auf jedem Blatte Kunde giebt.

Die Transvaal-Krise

soll, nach einigen Alarmnachrichten, wieder plötzlich brennend geworden sein. Bei einer Frage, in welcher politische Momente so innig mit Börsenmanövern und Aktienspekulationen verquickt sind, ist es außerordentlich schwer, alle Nachrichten sofort auf ihren wahren Wert prüfen zu können. Jedenfalls steht es aber mit beglaubigten Nachrichten im grellsten Widerspruch, wenn ein heftiges Sensationsblatt unter der großgedruckten Ueberschrift: Krieg zwischen England und Transvaal? teilweise in fetter Schrift eine Londoner Depesche veröffentlicht, welche den Krieg für unvermeidlich erklärt, wenn die Boeren nicht unbedingt nachgeben. So stehen die Dinge denn doch nicht, das Schlimmste, was vorliegt, ist eine Tischrede, die der englische Minister Balfour gehalten hat und über die der Telegraph also berichtet:

Bei einem Luncheon der konservativen Partei, welches am Donnerstagnachmittag stattfand, hielt Balfour eine Rede, in welcher er ausführte, die Transvaalfrage sei geeignet, sowohl der britischen Regierung wie der konservativen Partei Sorge zu bereiten. Es wäre ein Fehler, wenn man die Angelegenheiten Transvaals so betrachten wolle, als wären sie die eines isolierten Staates. „Wir müssen“, fuhr Redner fort, „nicht nur die Klagen der Uitlanders in Erwägung ziehen, sondern auch die Reaktion derselben auf unsere Kolonien. Gladstone und sein Cabinet würden niemals Transvaal die Unabhängigkeit wiedergeben haben, wenn sie nicht geglaubt hätten, daß die Republik der englischen und der holländischen Klasse gleiche Vorteile einräumen würde. Die Regierung Transvaals hat indessen nicht die Politik befolgt, zu der sie sich 1890 verpflichtet hat. Daher rühren alle gegenwärtigen Schwierigkeiten. Wenn unsere unendliche Geduld und alle Hilfsmittel der Diplomatie sich unwirksam erweisen, den Knoten zu lösen, müssen andere Mittel gefunden werden. Man hört jedoch, daß Transvaal bereit ist, den Interessen

der Wälder eine direkte Vertretung zu gewähren, welche, wenn sie auch nach unserer Auffassung unvollkommen ist, doch immerhin etwas Positives und Greifbares ist. Es ist ja auch offenbar unmöglich, sich auf die Dauer gefallen zu lassen, daß freigelebene Engländer als Angehörige einer niedrigeren Rasse behandelt werden. Ich sehe, schloß Redner, die Lage nicht als verzweifelt an, es wäre aber Thorheit, Frieden zu proklamieren, wo keiner ist."

Dies das Telegramm. Es war also nicht einmal eine Lichtheide, sondern eine Frühstücksrede, denn Lunchon heißt Frühstück.

Heute Abend findet im Parlament eine Debatte über den Stand der Transvaal-Angelegenheit statt.

Um darauf vorbereiten und orientierende Informationen zu geben, hat die Regierung ein zweites Blaubuch über Transvaal veröffentlicht. Einem sehr ausführlichen telegraphischen Bericht des „Hamburger Korrespondenten“ entnehmen wir, daß der Ton der neuesten englischen Depeschen ein durchaus freundlicher ist und dadurch vorteilhaft von dem schroffen Ton der Depeschen des ersten Transvaal-Blaubuches abfällt.

Auch eine Auskunft, welche der sonst so streiklustige Chamberlain betreffs gewisser Holländischen Angelegenheiten mit der Transvaal-Regierung gestern auf eine Anfrage im Unterhaus erteilte, war durchaus friedlicher und freundlicher Natur.

Heute Abend findet nun eine eingehende Debatte statt, in welcher die Regierung Aufschlüsse über das ganze Verhältnis zu Transvaal geben wird. Nach dem Vorstehenden haben wir keinen Grund zu der Annahme, daß sie irgend beunruhigender Art sein werden.

Deutsches Reich.

Die Buchhandelsvorlage als Roman?

Die Denkschrift zur Buchhandelsvorlage zeigt so viele romanhafte Züge, daß es nur noch eines kleinen Sprites bedarf, um sie als Kollportage-Roman in die Massen zu werfen. Wir haben schon früher darauf aufmerksam gemacht, die Regierung thue besser daran, statt der gelben Hefte der Firma Hülle, Douglas und Fahrenhorst einen Roman ausarbeiten lassen und ihn heftweise gratis zu verteilen.

Eine Münchner Verlagsfirma hat nun — wenn wir eine Anzeige im „Buchhändler-Wochenblatt“ richtig deuten — diese geniale Idee aufgegriffen und kündigt in ca. 15—20 Lieferungen folgendes an:

Der Streifbroscher

Socialer Roman aus der Gegenwart von Oskar Linden.

Der Verlag berichtet den Buchhändlern: „Sie werden mit diesem sensationellen Roman in allen Kreisen der Gesellschaft sowie unter der Arbeiterklasse ein hervorragendes Geschäft machen.“ Man werde mit diesem „aktuellen, zeitgemäßen Werke“ ein gutes und leichtes Geschäft machen, kurz es sei eine „sensationelle Neuheit.“

Ein Oskar Linden ist in der Literatur nicht bekannt. Das schadet aber nichts. Der Verfasser der Denkschrift war ja auch vor seiner epochenmachenden That eine unbekante Größe.

Was den Inhalt des Kunstwertes anlangt, so ahnen wir u. a. folgende Kapitelüberschriften: „Im Heim des Frommen.“ — Die Verschönerung in der Pubertät. — Der Fiesler-Dämon. — Im Palast des Heyses. — Campagner und Arbeitergroßvater. — Blut! — Die geschändete Jungfrau oder das Opfer des Agitatores. — Der frivole Streit. — Der Arbeitswille. — Der Ueberfall in der Novembernacht. — In tausend Wunden verhöhnt. — Die geschändete Jungfrau rächt den Vater. — Die neue Jungfrau von Orleans oder aus arbeitswilligem Stamme. — Die Hezer auf der Flucht. — Der Geist des ermordeten Streifbroschers. — Sieg der Jugend. — Auf ewig vereint oder die Hochzeit des Fabrikanten mit der geschändeten Tochter des ermordeten Streifbroschers. — Socialer Frieden. — Der erste Junge, oder das Geschlecht der Arbeitswilligen stirbt nicht aus! — Der Hezer in der Höhle. — Deutschland, Deutschland über alles!

Wie wir weiter ahnen, wird Herr Lauff den „Streifbroscher“ dramatisieren, und schon in der nächsten Saison wird das Stück im Schauspielhaus zur Aufführung gelangen.

Zum Disziplinarverfahren gegen Arons. Die „Kölnische Zeitung“ ist unzufrieden mit der Art, wie die Regierung gegen Dr. Arons vorgegangen ist. Besonders tadelt sie, daß die Regierung der Öffentlichkeit die Gründe der Anklage vorenthalte.

Die Regierung hat es bisher unterlassen, die Thatsachen mitzuteilen, die sich seit Erlass des Gesetzes vom 17. Juni 1893 zgetragen, und ein amtliches Einsehen erforderlich gemacht haben. Die philosophische Fakultät hat in dem vom Ankläger beigebrachten Material keinen Anhalt gefunden, um das von der Staatsregierung erhobene Disziplinarverfahren zu rechtfertigen. Um so dringender Aufgabe erscheint es uns jetzt für die Staatsregierung zu sein, der Öffentlichkeit wenigstens einen festen Boden für die Beurteilung des weitern Vorgehens zu geben, wenn sie nicht in den Verdacht geraten will, die ungesetzliche Gesinnungserforschung zu treiben. Denn die zweite Disziplinarinstanz, welche die Staatsregierung nach Blättermeldungen bereits angerufen hat, bildet das Staatsministerium selbst, sodas hier Anklage und Richter in einer Behörde vereint sind. Die Staatsregierung hätte also doppelt Ursache, rechtzeitig dafür zu sorgen, daß die öffentliche Meinung in einer so einschneidenden Frage nicht hallos im Finstern tappt, sondern zuverlässig und klar erkennen kann, was hier vorgeht. Will sie sich bei dem Spruch der ersten Instanz nicht beruhigen, so sollte sie ungehemmt die Gründe bekannt machen, die für sie das *judicium parium* (Urteil der Gleichen) als unannehmbar hinstellen. Die Forderung der „Köln. Ztg.“ wird nicht befriedigt werden. Die „Gründe“ der Regierung sind derart, daß sie der Öffentlichkeit vorenthalten werden müssen.

Heber tendenziöse Berichterstattung über die Verhandlung gegen Arons hatte die Dunkelpresse geläut. Dazu schreibt die „Westf. Ztg.“:

„Sieht man nun zu, was gegen den Bericht eingewandt wird, so ist das Gesamtergebnis nicht viel mehr als Null. Der Bericht hatte behauptet, der Vertreter der Anklage habe ausdrücklich erklärt, daß er nicht auf die einzelnen Handlungen des Angeklagten Gewicht lege, sondern auf die socialdemokratische Gesinnung als solche, er mache also gerade aus der Gesinnung ein Verbrechen. Das soll eine ungeheure Fälschung sein; denn in Wahrheit habe der Vertreter der Anklage nicht von der Gesinnung gesprochen, sondern von der Verletzung der Gesinnung; hätte Arons seine Gesinnung nicht bezeugt, so wäre er unbehelligt geblieben. Wenn gegen den Bericht nichts Schlimmeres vorgebracht werden kann, so wird man an ihm wohl ein ziemlich richtiges Bild der Verhandlung haben. Nach allem, was man hört, muß in der That der Staatsanwalt — als solcher war Wehmer — Eiser vom Kultusministerium bestimmt — eine recht klägliche Rolle gespielt haben. Prof. Eiser ist ja in Weeslau noch bekannt als ein durchaus lebenswürdiger Mann. Man kann Mißgefallen mit ihm haben, daß gerade ihm das traurige Amt übertragen wurde, vor einer Körperschaft, deren Mitglieder er sonst als Decernent gegenübersteht, ein Waldoper zu halten, von dessen Ausschüttelbarkeit man im Ministerium von vornherein, und zwar recht gründlich, überzeugt war. Allein das rechtfertigt doch noch nicht, daß man nun gegen den Verteidiger, der den unermesslichen Mißerfolg zu einer geradezu eklatanten Niederlage gestaltet hat, mit solchen Mitteln vorgeht.“

Gegen den Luxus in der Armee predigt ein alter Soldat in der „Kreuz-Zeitung“:

„Ihre Stellung gieren Ehrenhaftigkeit und Pflichttreue mehr als ganze Ställe von Zugpferden und ganze Schlösser voll stiller Einrichtungen; diejenigen, die nach anderem Muster haften, sind Kameraden zweiten Grades; und unerbitlich

sollten sie von ihren Besseren auf die Herabwürdigung hingewiesen werden, die sie sich selbst damit antun. . . . Man hört hier und da Klagen, daß selbst junge Haushaltungen mit solchen Luxus prangen, daß die Kommune mit ihrem einfachen hergebrachten Haushalte dagegen zurückbleibe; das ist eine Sache, die natürlich der Förderung des Dienstes durchaus im Wege steht. Hier steht wie zu unserer Zeit mit rücksichtsloser Energie von oben herab eingeschritten und die Stätten von Kameraden geschnitten und verspotet werden, die über das Maß hinausgehen.“

Ein Prediger in der Wüste. —

Dem bereits erschienenen Jahresbericht des am Dienstag, den 1. August, hier selbst beginnenden Allgemeinen Vereinstages der Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften ist zu entnehmen: Nach dem vom Allgemeinen Verbande geleiteten Listen bestanden am 31. März 1899 10 850 Kreditgenossenschaften, 82 gewerbliche Rohstoffgenossenschaften, 1193 landwirtschaftliche Rohstoffgenossenschaften, 34 gewerbliche Wertgenossenschaften, 482 landwirtschaftliche Wertgenossenschaften, 67 gewerbliche Magazin-genossenschaften, 108 landwirtschaftliche Magazin-genossenschaften, 108 gewerbliche Produktionsgenossenschaften, 2017 landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, 271 Genossenschaften verschiedener Art, 1378 Konsumvereine, 244 Baugenossenschaften.

Die Zahl der Kreditgenossenschaften ist wieder bedeutend gewachsen, meist sind es ländliche Kreditgenossenschaften, die neu entstanden sind. Auch die Zahl der gewerblichen Produktionsgenossenschaften ist gewachsen. Die Zahl der Konsumvereine ist dagegen zurückgegangen. In den letzten Jahren, so heißt es in dem Bericht, sind mehrfach Konsumvereine errichtet worden, denen alle Vorbedingungen für ein Gedeihen fehlten; diese verschwinden allmählich und das ist nicht zu bedauern. Die Baugenossenschaftsbewegung schreitet vorwärts.

Die 612 berichtenden Konsumvereine zählen 481 439 Mitglieder, unter diesen zumeist Arbeiter. Das Betriebskapital dieser Konsumvereine beträgt insgesamt 22 1/2 Millionen Mark. 1898 wurden von 41 der berichtenden 56 Baugenossenschaften 182 Häuser erbaut, deren Herstellungskosten 3/4 Millionen Mark betragen. 5 Baugenossenschaften, welche Häuser zum Erwerb durch die Mitglieder herstellen, erbauten zusammen 42 Häuser mit je 2 und 3 Wohnungen. Von den Genossenschaften mit gemeinschaftlichem System erbauten 8 17 Häuser zum Erwerb durch die Mitglieder, die anderen Genossenschaften erbauten 5 Häuser zum Vermieten der in denselben befindlichen Wohnungen an die Mitglieder.

Militärisches. In Nr. 173 des „Potsdamer Intelligenz-Blatt“ findet sich folgendes Inserat:

„Für die Erste-Regimenten können noch einige Garde-Artilleristen beurlaubt werden.“

7. Batterie 2. Garde-Feld-Artillerie-Regiments.“

Hier werden Soldaten also sogar zu civilen Beschäftigungen angeboten, ohne verlangt worden zu sein. Die Dienstzeit muß offenbar viel zu lang sein. —

Greiherr v. Wangenheim ist zu Einkommen gelangt und zahlt sogar Steuern. Dieser notleidende Landwirt hatte beantragt keine Einkommensteuer gezahlt, weil seine Güter ihm nicht einbrachten, wobei die Frage offen blieb, wovon dann der Einkommenslose sein durchaus „standesmäßiges“ Leben führen konnte. Wie die „Stargarder Ztg.“ erzählt, hat sich „sogar der Finanzminister mit den eigentümlichen Steuerverhältnissen des Herrn v. Wangenheim beschäftigt, worauf alsdann eine ordnungsgemäße Regelung der Steuerangelegenheit erfolgt ist.“ Und der Erfolg war, daß der Bedauernswerte jetzt wirklich Steuern zahlen muß. Man weiß freilich nicht, ob er jetzt landwirtschaftliches Einkommen versteuert oder politisches Einkommen aus seiner Tätigkeit als Oberster des Bundes der Landwirte. —

Wohum, 27. Juli. Am 20. Juli verurteilte das Landgericht wiederum 7 Bergleute, die am 3. Juli auf Pech „Ewald“ bei Harten einen Streik zu unterstützen verurteilt. Schmanski wurde zu 7 Monaten, Grabowski zu 5 Monaten 3 Tagen und Sedowski, Schmonski, Fröhlich, Grada und Borzowski zu je 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Sie sollen vor einer Menschenmenge zum Ungehorsam aufgefordert haben. Mehrere der Beschäftigten trugen Revolver, haben aber davon keinen Gebrauch gemacht. —

Eine Verbilligung der Eisenbahn-Fahrpreise für Arbeiter strebt die ostpreussische Landwirtschaftskammer an. Bisher haben die ostpreussischen Agrarier verlangt, daß den Arbeitern die Abwanderung nach Gegenden, wo sie ihre Arbeitskraft vorteilhafter verwerten können, wie in der Heimat, durch Verbilligung der Fahrpreise auf der Eisenbahn erleichtert wird. Besonders nachdrücklich haben sie verlangt, daß der Eisenbahnminister nicht mehr Fahrpreiserhöhungen für ganze Truppen von Arbeitern genehmigt, die als Sachengänger nach dem Westen gehen. Trotzdem ist es kein Segen, wenn gesagt wird, daß die Agrarier Ostpreussens jetzt einer Herabsetzung der Fahrpreise nicht mehr abgeneigt sind.

Die Landwirtschaftskammer der Provinz Ostpreussen hat den Vorstand des Ostpreussischen landwirtschaftlichen Centralvereins zu einer gutachtlichen Äußerung über die Frage aufgefordert, ob ein allgemeines Interesse und Bedürfnis zur Einführung von Fahrpreiserbilligung für Schnelzüge zur Erreichung ländlicher Arbeitsstellen vorliegt.

Man sieht, die Landwirtschaftskammer verschließt sich der Thatsache nicht, daß eine billige Beförderung auf der Eisenbahn erstrebenswert ist, wenn es im Interesse der ostpreussischen Agrarier liegt.

Der Centralvereins-Vorstand hat sich dahin geäußert, daß ein allgemeines Interesse und Bedürfnis für eine solche Maßregel nicht vorliegt. Es sei zu empfehlen, ehe in dieser Angelegenheit weitere Schritte unternommen werden, die von einer solchen Maßnahme zu erwartenden Folgen auch vom ethischen und allgemein volkswirtschaftlichen Standpunkte ausgehend zu erwägen.

Der Vorstand hat also wohl einige Bedenken, spricht sich aber nicht rund heraus gegen die Sache aus, die eine noch stärkere Heranziehung von Einwohnern zur Arbeit auf den Gütern der „Notleidenden“ zur Folge haben würde. —

Auch die geringfügigen Ergebnisse der „Friedenskonferenz“ bleiben vollständig in der Luft hängen. Aus dem Haag wird heute gemeldet:

„Angesichts der Unmöglichkeit, sich sofort über die Form zu einigen, in welcher die Mächte sich der Konvention betreffend das Schiedsgericht anschließen können, beschloßen die Delegierten, diese Frage späteren Verhandlungen der Regierungen zu überlassen.“

Invalidenversicherung-Gesetz und die Centrumpresse.

Der Mann mit dem Gesicht des abnehmenden Mondes in der „Märkischen Volkszeitung“ ist über unsere Entgegnung in Nr. 172 unserer Zeitung entrüstet. Insbesondere wundert ihn, daß wir die den Kleinbauern und den Arbeitern feindliche Haltung des Centrums niedriger gehalten haben. Wir haben aus der langen Darlegung des märkischen Blattes hervor, daß es jetzt ausdrücklich erklärt, die Aufbringung der Mittel für eine Invaliden- und Altersversicherung durch eine auf hohe Einkommen gelegte Steuer sei ungerathen, da ja der Wohlhabende für seine Zahlungen keine Gegenleistung erhält. Darnach wäre also jede direkte Steuer abzuschaffen, da ja der Zahlende keine Gegenleistung erhält. Natürlich fallen auch die indirekten Steuern aus demselben Grunde fort. Leider stimmt das Centrum für direkte und indirekte Steuern, freilich nicht zur Aufbringung von tragbaren Renten der Arbeitsinvaliden sondern für andere Zwecke. Die Renten sollen ferner, falls eine Einkommensteuer zu aufräumen, Almosen werden. Das ist keineswegs der Fall. Almosen sind untragbar und bringen den Verlust

politischer Rechte mit sich. Tragbare Renten, auch wenn sie durch Einkommensteuer beschafft würden, ziehen nicht den Verlust politischer Rechte nach sich. Daß die jetzigen Renten eine almsenartige Niedrigkeit bezeugen, ist wiederum mit dem Centrum zu danken. Nach dem Proben, die wir aus dem zur Verteidigung der Haltung des Centrums bei der Invalidenversicherung geschaffenen Arsenal unserer Lesern vorgeführt haben, erübrigt sich ein Eingehen auf dieser weitere Schäden. Dem Mann mit dem abnehmenden Mond aber raten wir als zutreffenderes Symbol seiner Zeitungsartikeln einen ewigen *Reumond* anzunehmen. —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 28. Juli. Gestern abend wurde eine fortschrittliche und eine demokratische Versammlung, in denen gegen den § 14 und gegen die Wiener Gemeindeformen protestiert wurde, wegen heftiger Angriffe auf die Regierung aufgeführt. Die ganze Presse, ausgenommen die offiziöse, giebt ihrer Entrüstung darüber Ausdruck, daß andauernd Massenkonfessionen von Zeitungen stattfinden und Versammlungen aufgelöst werden, die sich gegen § 14 wenden. Selbst Graf Rum die Dinge auf die Spitze treiben, so könnte das zu ernstlichen Konsequenzen führen.

Schweiz.

Büsch, 28. Juli. (Fig. Ver.) Seit Jahren ist im Kanton Zürich die Frage der Revision des Armengesetzes anhängig. Im Jahre 1892 reichte die Armenpflege der ländlichen Gemeinde Gedingen dem Kantonsrat ein Initiativbegehren ein, das die Erhebung der Ortsbürgergemeinde durch die Einwohnergemeinde für die Armenpflege verlangt. Die Regierung verhielt sich dagegen einmütig ablehnend, während der Kantonsrat die Eingabe einer Kommission übertrug, die jetzt, nach Jahren, ihre Arbeit beendet und einen Gesetzentwurf nebst einem umfangreichen Bericht von 200 Druckseiten und 80 Tabellen veröffentlicht hat. Der Gesetzentwurf umfaßt 80 Paragraphen und baut sich auf dem Territorialprinzip der Armenpflege auf, doch soll der Unterhaltungsanspruch an die Wohngemeinde erst nach fünfjährigem Aufenthalt erworben werden, während diese Konkurrenz im Kanton Bern wie in Deutschland nur zwei Jahre beträgt. Begründet wird die vorgeschlagene Abänderung mit der Verschiebung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Während im Kanton Zürich noch im Jahre 1850 65 Proz. der Gemeinde-Einwohner Ortsbürger, 29 Proz. Bürger aus andern Gemeinden des Kantons, 4 Proz. aus andern Schweizer Kantonen und 2 Proz. Ausländer waren, so war das Verhältnis im Jahre 1888 43 Proz., 31 Proz., 16 Proz. und 10 Proz., d. h. der Anteil der Ortsbürger war um 22 Proz. zurückgegangen, dagegen derjenige aller übrigen Einwohner-Kategorien gewachsen, so der Bürger aus andern Kantonen um das Vier- und der Ausländer um das Fünffache. Seitdem haben noch weitere Verschiebungen in dieser Richtung zu Ungunsten der Ortsbürger stattgefunden. Bemerkenswert ist, daß die ganze Schweiz fast das gleiche Bild der Entwicklung zeigt, wie der Kanton Zürich. Die Zahl der Unterthünen in diesem Kanton betrug 1847: 13 820 (1893: 10 953), die Summe der Unterthünen 375 000 Fr. (1 474 207 Fr.) durchschnittlich pro Kopf der Unterthünen 1847 24 Fr., 1893 137 Fr. Seit 1870 schwankt die Zahl der Unterthünen konstant zwischen 10 000 und 11 000. Die bedeutende Erhöhung der durchschnittlichen Unterthünen bezeugt, daß die Armenpflege in unserer Zeit mit mehr Verständnis angefaßt wird wie früher. Die Kommission, die sich übrigens in eine Mehrheit und Minderheit gespalten, wovon letztere dem vorliegenden Entwurf der Mehrheit ablehnend gegenübersteht, findet aus einer Unterordnung der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kantons Zürich, daß die Armuth jedenfalls nicht im Zunehmen, eher im Zurückgehen begriffen sei. Aber in einer Zeit, wo alles Eend vor die Augen des ganzen Volkes tritt und den Anlaß zu ersten Betrachtungen und zu kräftiger That bietet, sollte das Armengesetz umgestaltet und verbessert werden. —

Frankreich.

Paris, 28. Juli. Waldeck-Rousseau bestätigte, daß wegen der an der gestrigen Pariser Börse verbreiteten falschen Nachrichten die Unterjuchung eingeleitet worden ist.

Esterhazy wird von dem ihm gewährten sicheren Geleite keinen Gebrauch machen. Wie er einem Mitarbeiter des „Matin“ erklärte, wird er nicht nach Rennes gehen. — General Regnier äußerte einem Berichterstatter des „Gaulois“ gegenüber, daß er sich nicht mehr als zur Armee gehörig betrachte, sondern unverzüglich seinen Abschied nehmen werde. —

Die Untersuchung gegen General Pelleng soll vorläufig nur eingestellt werden, da sich die zur Sache gehörigen Schriftstücke zum Teil in dem Dossier Pary de Clams befinden und deshalb erst nach Beendigung des Prozesses eingesehen werden können. —

Belgien.

Brüssel, 27. Juli. Die Kammer begann heute die Debatte über das Gesetz betreffend die Vereinigung der Brüsseler Tramway-Koncessionen. Die Sozialisten Vertrand und Furnémont griffen den Minister de Vynen heftig an. —

Russland.

Für die Zustände in russischen Gefängnissen ist ein Vorfall, der sich kürzlich in Kiew ereignete, bezeichnend. Der Bauer Wierchowak büßte im Klewer Stadtgefängnis eine ihm zuerkannte viermonatliche Gefängnisstrafe ab. Als er zur Arbeit angehalten wurde, erklärte der Gefangene, daß er krank und nicht im stande sei, dieselbe zu verrichten. Die Gefängnisaufseher deuteten das als Verweigerung und mishandelten den Gefangenen für seine angebliche Faulheit dermaßen, daß er bewußlos wurde. Von seiner Bewußtlosigkeit erholte er sich nicht wieder und war am vierten Tage eine Leiche. Wegen dieses und noch zahlreicher anderer, ähnlicher Verbrechen soll gegen die Kiewer Gefängnisverwaltung das gerichtliche Verfahren eingeleitet werden. —

Parlamentarisches.

Ignaz Spies, Reichstags-Abgeordneter und Mitglied des Landesauschusses von Elah-Vorbringen ist am Freitag früh gestorben. Spies gehörte dem Reichstags als Vertreter für Schlettstadt seit 1898 an. Er wurde damals als Kandidat des Centrums bei der Erziehung gewählt, die erforderlich geworden war, nachdem das Mandat des konservativen Abg. Pöhlmann wegen amtlicher Wahlbeeinträchtigungen für ungültig erklärt worden war.

Zur „Kompromiß“-Debatte.

Der Verfasser des Artikels „Augenblicks-Kartelle“ kann das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, mit dieser Bezeichnung ein Wort erfunden zu haben, mit welchem er die Meinungsverschiedenheiten in der Partei über die Zulässigkeit von Kompromißpolitik spielend überwindet.

Das Wort ist geistreich — aber sehr geeignet, das Kampffeld zu verschleiden. Wenn man Kompromissen mit bürgerlichen Parteien — und nur um solche handelt es sich in der Parteibiskussion der letzten Zeit —, um dieselben rechtfertigen zu können, einen anderen Namen giebt, so ändert das an der Sache durchaus nichts, sondern verneht nur die Verwirrung, die leider über diese Frage in unseren Reihen herrscht. Nicht die Benennung einer politischen Aktion kann in Betracht kommen, sondern ihre Wirkung, und in allen Fällen muß meines Erachtens nach geprüft werden, ob ein in der Tagespolitik anzuwendendes Mittel den in Programm- und Parteiverträgen festgelegten Grundanschauungen der Partei entspricht. Der taktische Kampf der Partei muß mit den in der Kammer prinzipieller Auffassungen geschlossenen Massen geführt werden, und nur von diesem Standpunkt aus sollten — wie ich glaube — die taktisch-politischen Maßnahmen der Partei

veranlaßt und, wenn nötig, kritisiert werden. Das ist, um in der Rede-
weise des Verfassers der „Augenblicks-Karteile“ zu bleiben, keine „Ar-
beitungs- und Qualitätskontrolle“, sondern das ist die konsequente
Zuschaltung des seit länger als 30 Jahren von der Partei ein-
genommenen Standpunktes, das ist die Fortsetzung der stets und mit
immer wachsenden Erfolgen ausgeübten Parteipolitik.

Wenn ich an dieser Grundanschauung festhaltend die Veröffent-
lichung des Artikels bemerke, um einige Bemerkungen über die darin
behandelten Fragen zu machen, so werde ich nicht von
„Augenblicks-Karteile“ reden, sondern werde meine Meinung
über Kompromisspolitik sagen, weil ich keinen Grund finde, an
einem feststehenden Begriff herumzutauschen. Denn wofür der schöne
neue Name erdacht ist, das ist nichts anderes als die alte, in letzter
Zeit — ich wiederhole es! — leider viel umstrittene Frage: sollen
wir allgemein oder auch nur zum Zweck einer bestimmten politischen
Aktion mit bürgerlichen Parteien Kompromisse abschließen. Meine
Antwort auf die Frage lautet nein! — rund und nett — wenn ich
auch dafür von dem Verfasser der „Augenblicks-Karteile“ als
der Verleüder einer Politik „der Trägheit und Unfruchtbarkeit“
stigmatisiert werde. Wer die in meiner Anschauung vorliegende
„Trägheit und Unfruchtbarkeit“ der Partei seit Jahrzehnten mit-
gemacht hat, der kann mit Gemütsruhe das Urteil eines Augen-
blicks-Karteileisten ertragen.

Uebrigens tröstet mich das Bewußtsein, mich mit den für die
prinzipielle Ueberzeugung des Verfassers entscheidenden und maß-
gebenden Schlussbemerkungen des Artikels vollkommen einig zu wissen.
Ich unterzeichne dieselben Wort für Wort — aber gerade weil ich
dies tue, verwerfe ich grundsätzlich die Kompromisspolitik, die der
Genossenschaft als mit unseren Prinzipien vereinbar, empfiehlt. Der Artikel
schließt mit den Worten:

... Die eigentliche, die wichtigste Aufgabe bleibt, die schwere
Erziehung und Heranbildung der Massen zu geläuterten Menschen
der Kultur und reifen Könnern für jene Organisation, die wir er-
streben. Im Schöpfischen liegt unsere Arbeit, nicht in dem, wenn
auch noch so wichtigen, so doch vor unseren großen Aufgaben ver-
schwimmenden Meinungsstreit über „Augenblicks-Karteile.“ Oder wie
ich sagen würde, über — Kompromisse.

Weil wir jedoch diese große gewaltige Aufgabe nur auf dem
Boden des Klassenkampfes zu erfüllen vermögen, weil jede Ver-
brüderung mit bürgerlichen Parteien, gleichviel welcher Art, sei es
auch nur vorübergehend und zu bestimmten Zwecken, das Kampfsfeld
trüben, die noch nicht aufgelösten Massen verwirren muß, und
weil vor allem das Klassenbewußtsein in der Sozialdemokratie politisch
organisierte Proletariat sich nicht dazu begeben darf, um einiger
Augenblicks-Karteile willen, mit seinem Lobpreis einen Waffenstillstand
zu schließen oder gemeinsame Sache zu machen — deshalb sollten
nach meiner Ansicht Kompromisse mit bürgerlichen Parteien für uns
unduldsam sein. Es ist ein durch die Parteigeschichte hundert-
fältig bewährter Erfahrungssatz: stark sind wir nur allein! Während
die Verbindung mit einer bürgerlichen Partei eine Unseligkeit an
unseren Händen darstellt, sind wir andererseits nicht im Stande, eine
bürgerliche Partei, der wir uns angegliedert haben, ernsthaft vor-
wärts zu treiben, weil dieser Versuch stets an den Klasseninteressen
der Bourgeoisie scheitern muß.

Weshalb also diese aussichtslose, unsere eigene Kraft schwächende,
die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft schädigende Kompromiss-
politik?

Genosse te kämpft in dem ersten Teil seines Artikels wider
gegen jede Veranreinigung der Parteigrundlage mit fremden
Elementen, kommt aber nach dieser Salbung seines Parteigewissens
zu der Ansicht, daß deshalb die Anpassung an die jeweiligen Ver-
hältnisse im tatsächlichen Kleinkampf um so gefährlicher gewagt werden
darf. Diese Zweifelslehre scheint mir nicht empfehlenswert für
unsere Partei, denn was nützt mir die Anerkennung des Prinzips,
wenn ich daselbe nur anerkenne, um in der Praxis das Gegenteil
dabei zu thun?

Verzweifelnd wirkt auch in dem Artikel die Heranziehung des
kommunistischen Manifests zum Beweise dafür, daß in der Partei
stets Kompromisspolitik getrieben sei. Der Verfasser des Artikels
schlägt sich selbst mit dem Citat aus dem Manifest. Es heißt dort:

... In Deutschland kämpft die kommunistische Partei, so-
bald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der
Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grund-
eigentum und die Kleinbürgerei.

Vielleicht belehrt uns der Genosse darüber, wo und in welchen
Fragen die Bourgeoisie in Deutschland revolutionär auftritt und ob
er von einem ernsthaften Kampfe der Bourgeoisie in Deutschland
gegen die Monarchie — gleichgültig ob absolut oder konstitutionell
— oder die Kleinbürgerei etwas weiß. Der Verfasser will die
Kompromisspolitik als eine Art Schule des Lebens betrachtet wissen,
er lobt die Kompromisse als „erzieherisches Moment“ für die Social-
demokratie, und ist entzückt darüber, daß wir uns dadurch in dem
„Tagesbetrieb und Tagesbedarf der Politik“ zurechtfinden lernen.
Befcheidenheit ist gewiß eine nützliche Eigenschaft, indes scheint mir
Genosse te hierbei von einer Einigungsfähigkeit zu sein, die in
einer Kampfpartei wirklich nicht am Platze ist. Wie sollen nach
Ansiht des Verfassers die Kraft und die Agitation der Partei in
den Dienst der Kompromisspolitik stellen, um uns die „Technik des
politischen Kleingewerbes rechtzeitig anzueignen“.

Mit solcher Politik kann sich die Arbeiterklasse nicht abfinden.
Das ist die Politik des absterbenden Bürgertums, wird aber hoffent-
lich niemals die Politik der unauflöslich vorwärts dringenden, um
die politische Macht und die wirtschaftliche Befreiung kämpfenden
Vollmassen werden.

Große Ziele erfordern starke Mittel. Kompromisspolitik gehört
hierzu sicherlich nicht.

Damit soll aber nicht etwa irgendwo die Notwendigkeit
praktischer Tätigkeit im Reich, Staat und Gemeinde bestritten
werden. Ohne eine solche Tätigkeit können wir gar nicht existieren,
und selbst die Partei die politische Arena betreten hat, war sie
stets bemüht praktisch-politische Agitation zum Nutzen der Arbeiter-
klasse zu betreiben. Die Möglichkeit einer für die Arbeiterklasse
mitbringenden Ausübung praktischer Politik für die Social-
demokratie ist in G. nach aber nur dann vorhanden, wenn
die hierfür erforderlichen Mandate in den verschiedenen Körper-
schaften ohne Vermittlung oder Kompromisse mit bürgerlichen
Parteien errungen werden können. Ob dies erreichbar ist, richtet
sich nach den maßgebenden Wahlsystemen und ist in jedem einzelnen
Fall zu erörtern.

Es ist falsch, wenn behauptet wird, die praktische Politik der
socialdemokratischen Partei richte sich nicht nach den im Programm
festgelegten Grundfragen und die Partei treibe bei Wahlen und im
Parlament usw. stets Kompromisspolitik. Als Beweis für diese
Behauptung wird das Verhalten der Partei bei den Stichwahlen
und die Abstimmungen der Fraktion im Reichstage angeführt.

Wer die Wahl eines Centrums- oder liberalen Kandidaten, nach-
dem ihm die Hauptwahl unterlegen sind, als ein Kompromiss
ansieht, dem ist nicht zu helfen. Ein Kompromiss wäre nur dann vorhanden,
wenn die Parteien vor den Wahlen Abmachungen in dieser Richtung
getroffen hätten. Dies ist meines Wissens nirgend geschehen.
Denn wie in der Stichwahl zwischen einem Junker oder Stramm-
ling für einen Centrumsmann oder Freisinnigen stimmen, so ist dies ein
Gebot der politischen Klugheit, und ganz etwas anderes als wenn
wir etwa auf die Aufstellung eigener Kandidaten in einem Wahlkreis
verzichten und sofort einen Gegner in der Hauptwahl wählen, um in
einem anderen Wahlkreis dafür ebenfalls bei der Haupt-
wahl Centrums- oder Freisinnigen einzuflehen. Eben-
sowenig ist es ein Kompromiss, wenn wir im Reichstage
für Entwürfe gegnerischer Parteien, oder für Regierungsvorlagen
stimmen, wenn dieselben Verbesserungen der gegenwärtigen Ver-
hältnisse bezwecken. Parlamentarische Handelsgeschäfte aber hat die
Fraktion noch niemals gemacht, d. h. die Socialdemokratie hat noch
nie Verwilligungen ausgesprochen, um Kompensationsobjekte dafür
einzulösen. Einer solchen Politik muß und wird die Social-
demokratie für alle Zeiten fern bleiben, und sie wird dies
um so sicherer können, je weniger die Versuche, Kompromiss-
und Kompensationspolitik in das Waffenarsenal der Partei einzufügen,
Anklang und Verstand bei der Masse unserer Parteigenossen finden.

Der Parlamentarismus, eine höchwichtige, nicht zu entbehrende
Waffe in dem Kampfe gegen die herrschende Gesellschaft, wird zur
Gefahr für die Arbeiterklasse, wenn er etwas anderes für uns wird,
als Mittel zum Zweck. Selbstzweck war der Parlamentarismus nie für
die Socialdemokratie und wird es nie werden — dafür ist schon
durch unsere Organisation gesorgt, welche eine außerhalb des
Parlamentarismus stehende Körperschaft — den Parteitag — zum
Richter über den Parlamentarismus berufen hat.

Hiermit kann ich den allgemeinen Teil des Artikels, der meine
Ueberzeugung von der Verwerflichkeit jedes Kompromisses mit
bürgerlichen Parteien nur bestätigt hat, verlassen, und möchte einige
Betrachtungen über die von dem Verfasser gewürdigten „Drei
markanten Fälle socialistischer Kompromisspolitik“ — erfreulicherweise
findet der Genosse hierbei wieder den richtigen Namen — hinzufügen.

Zunächst das belgische Kompromiß; hierbei wird abzuwarten
bleiben ob das Bündnis, welches die belgischen Genossen abgeschlossen
haben, um in Belgien die Republik vor dem Wahlscheitern ein-
zuführen, von dem bürgerlichen Liberalismus in Belgien gehalten
werden wird. Und was die sozialen Forderungen unserer Partei
anlangt, so werden selbst die eifrigsten Befürworter und Verteidiger
des belgischen Kompromisses wohl nicht glauben, daß die liberale
Bourgeoisie in Belgien die Hand dazu bieten wird, die kapitalistische
Wirtschaftsweise aufzugeben. Ob es also richtig war von unseren
Genossen, sich selbst die liberalen Ketten um die Hälse zu schlingen,
und inwiefern die Trennung von dem Augenblicks-Kompromiß nicht
verdoppelte Arbeit und Anstrengung kosten wird, das wird die Zeit lehren.
Nach meiner Meinung ist der unergiebliche Hebelnuss und die
bewundernswürdige Ausdauer unserer belgischen Bruderpartei eines
höheren und bleibenden Lohnes wert, als das Bündnis mit einem
Teile der Bourgeoisie ihr bieten kann.

Einen breiten Raum in den Erörterungen der socialistischen
Presse — auch des von mir behandelten Artikels —
nimmt der Eintritt des Genossen Millerand in das
Ministerium in Frankreich ein. In der deutschen Partei-
presse wird die Frage verschiedentlich beurteilt. Am markantesten
treten zwei Auffassungen in den Vordergrund. Die eine Ansicht,
vertreten durch den Verfasser der „Augenblicks-Karteile“, heißt den
Eintritt Millerands in das Ministerium aus Gründen der
Opportunität gut. Die andere Ansicht, zu deren Mundstück sich vor
wenig Tagen Genosse Liebknecht gemacht hat, tadelt die Aktion
Millerands, weil sie dem Ministerium Gallifet zu Gute kommt.
Nach meiner Meinung sind die Gründe beider Auffassungen nicht
stichhaltig und entbehren der prinzipiellen Begründung.

Genosse Liebknecht scheint der Ansicht zu sein, daß Millerand in
einem Ministerium ohne Gallifet am Platze gewesen wäre. Das
kann ich nicht zugeben. Die Frage, ob ein Socialdemokrat in ein
bürgerliches Ministerium eintreten soll, kann, wie ich glaube, nicht
von irgend einer Persönlichkeit dieses Ministeriums — weder im guten
noch im schlechten — abhängig gemacht werden. Nach meinem Dafür-
halten muß die Frage unbedingt verneint werden aus prinzipiellen und
tatsächlichen Gründen. Der Eintritt eines Socialdemokraten in ein
bürgerliches Ministerium läßt die Initiative der Partei, ist
eine Kundgebung zu Gunsten der bürgerlichen Gesellschaft
und bedeutet ein Kompromiß mit den herrschenden Ge-
walten, welches in direktem Widerspruch mit den Forderungen
des Klassenkampfes steht. Auch vom tatsächlichen Standpunkt aus kann
der Eintritt eines Socialdemokraten in ein bürgerliches Kabinett
nicht gutgeheißen werden, weil der Socialdemokrat mit seinem Namen
die Ministerkollegen deckt, ihnen die Verantwortlichkeit für ihre
Handlungen der Arbeiterklasse gegenüber abnimmt — aber
selbstverständlich als einzelner keine wirksame, den Massen-
standpunkt zur Geltung bringende Maßregel durchzusetzen vermag.
Will aber der Socialdemokrat in solchen Fällen nur von seiner Partei
vertretbare Regierungshandlungen gutheißen und ausführen, so ist
sein Ministerienleben von gar kurzer Dauer und die ganze Geschichte
ist überflüssig gewesen. Wie sehr in solchen Situationen Opfer des
Intellekts gebracht werden müssen, geht aus der Tatsache hervor,
daß Millerand am zweiten Tage seiner Ministerlaufbahn ein Mani-
fest mitunterzeichnet hat, welches den Militarismus und die Armee
in einer Weise verherrlicht, wie es unsere Genossen in der fran-
zösischen Kammer niemals gethan haben und nach ihren Grundfragen
auch nicht thun konnten.

Vielleicht ist es nicht uninteressant, an die Anschauungen zu
erinnern, welche unsere Altkämpfer Marx und Engels über diese Frage
hatten. Ich erinnere mich einer Unterhaltung, die ich vor Jahren
mit unseren Vorämpfern hatte, in der beide ihre Meinung darüber
in das Diktum zusammenfaßten: „Ein Socialdemokrat hat in
einem bürgerlichen Ministerium nichts zu suchen.“

Nach Ansicht des Genossen vom „Augenblicks-Karteile“ brauchte
die prinzipielle Frage der socialistischen Ministerposten bei der
Gelegenheit nicht entschieden zu werden, weil sie gar nicht vorliegt.
Millerand ist nach dieser Auffassung in ein Ministerium mit eng
begrenzter Aufgabe getreten und wird — so sagt der Artikel-
schreiber — nach Erfüllung seiner Mission wieder gehen.

Das mag sein, aber das letztere haben wir nicht zu entscheiden.
Die Ansicht aber, daß ein Prinzip hierbei nicht in Frage kommt,
halte ich für grundfalsch. Die „Affaire“ wird ins Feld geführt und
die Republik hätte gerettet werden müssen — so sagen die Ver-
teidiger des Millerandschen Schrittes.

Soweit ich mir ein Urteil gebildet habe, glaube ich, daß unsere
Genossen in der französischen Kammer und im Lande alle Maß-
nahmen der Regierung unterstützen konnten, welche auf Erhaltung
der Republik, auf Förderung und Sicherung der Revision, auf Be-
kämpfung des Militarismus und auf Eindämmung des vom General-
stab getriebenen militaristischen Chauvinismus gingen, ohne daß dazu
der Eintritt Millerands in das Ministerium nötig gewesen wäre.
Die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei hätte solchem Vorgehen
sicher einen mächtvollen Eindruck gewährleistet, und der bellagens-
werte Zweifel wäre vielleicht zu vermeiden gewesen.

Und nun zu den bayrischen Genossen. Der Verfasser der
„Augenblicks-Karteile“ tadelt und lobt hier in einem Atemzug.

Nach dem Grundsatze: „es ist nichts so schlecht, daß nicht noch
etwas Gutes darin wäre“, meint er, daß in der Handlung der
bayrischen Genossen etwas Erprießliches steck.

Als speziell bayrische Angelegenheit vermag ich das Kompromiß
mit dem Centrum nicht anzugehen; nach meiner Meinung muß das-
selbe nach den Grundfragen und der durch Parteibeschlüsse fest-
gestellten Taktik der Gesamtpartei beurteilt werden. Von diesem
Standpunkt aus scheint mir der Abschluß des Kompromisses ver-
fehlt zu sein. Ich will bereits Gesagtes nicht wiederholen, aber
eine Taktik, die darin besteht, daß man einen schon mächtigen
Gegner noch stärker macht, angeblich um ihn, wenn er von seiner
absoluten Macht gegen die durch unsere Partei vertretenen Massen
Gebrauch macht, desto nachhaltiger bekämpfen zu können — scheint
mir alles andere, nur nicht socialdemokratisch zu sein. Selbst
rein taktische Erwägungen können nach meiner Ansicht das Kompromiß
nicht rechtfertigen. Der Opportunismus unserer bayrischen Genossen
wird, wie ich überzeuge bin, die erhofften Früchte nicht zeitigen, denn
die Bedeutung unserer Freunde im bayrischen Landtag war sehr
wahrscheinlich mit fünf eventuell ausfallenden Stimmen viel
geringer, als sie es jetzt sein wird, wo unabhängig von allen Parteien
eine Centrums-Majorität zusammengeköpft ist. Unser Parteiorgan
in München sucht es so darzustellen, als ob es sich für die
bayrischen Genossen nur darum handeln konnte, entweder dem
Liberalismus oder dem Centrum die socialdemokratischen Stimmen
anzuführen. Mit Verlaub. Es gab noch ein drittes, nämlich auf
die Kräfte, in denen die Socialdemokratie nicht wie in Nürnberg
und München II selbständig die Mandate erringen kann, zu ver-
zichten und es den bürgerlichen Parteien zu überlassen, sich um die
Kammerstimme zu rufen. Ob die Genossen in Bayern nach Centrumsart
geschmort oder in liberaler Weise gebraten werden — das dürfte ihnen doch
genügend gleich sein, und die erhaltenden Stimmen in Verbindung mit
den aus eigener Kraft eroberten Mandaten, hätten, glaube ich, den

*) Hier irrte Singer. Ich hätte den Eintritt Millerands ins
Ministerium Walder-Roussieu mißbilligt, auch wenn Gallifet nicht
in dem Ministerium wäre.
B. Liebknecht.

Fortschritt und das Wachstum der socialdemokratischen Partei in
Bayern ebenso glänzend manifestiert als die Verneinung der
Mandate.

Genoss hat unser Münchener Parteiblatt recht, wenn es mit
Nachdruck darauf verweist, daß die Genossen in der Kammer durch
Verdoppelung der Mandate neue Arbeitskräfte gewinnen. Das ist
zweifellos sehr wertvoll — aber nach meiner Ansicht sollte die
Partei diese Vorteile nicht um den Preis einer Koalition mit
bürgerlichen Parteien erstreben.

Die „Münchener Post“ meint, der Liberalismus und das Cen-
trum in der bayrischen Kammer seien einander wert. Sicher ein
durchaus richtiges Urteil — aber eben deshalb hätten unsere Ge-
nossen an das Wort vom Rabbi und vom Wund denken und sich
sowohl vom Feind als von der Kette fern halten sollen.

Paul Singer.

Partei-Nachrichten

Zu den bayrischen Landtagswahlen nimmt die „Münch.
Post“ in einem weiteren Artikel Stellung, und zwar behandelt sie
in demselben speciell die Frage, ob es denn richtig sei, was von
verschiedenen Seiten gesagt wurde, nämlich, daß unsere Genossen in
der bayrischen Kammer bisher „das Ringeln an der Waage“ gebildet
hätten. Unser Münchener Parteiorgan beantwortet die Frage u. a.
wie folgt:

In der Abgeordnetenversammlung, die im Jahre 1898 aus den
Wahlen hervorging, stellte sich das Parteienverhältnis wie folgt:
Centrum 74, Liberaler Wählerbund 67, Bauernbund 7, Konservative 4,
Volkspartei 1, Wilde 1, Socialdemokraten 5, im ganzen 159 Ab-
geordnete.

Absolute Majorität 80.
Da der „Wilde“ nichts war wie ein verkappter Centrumsmann,
blieben „Liberaler“, Socialdemokraten und Volksparteier immer noch
um zwei Stimmen hinter dem Centrum zurück.

In einem einzigen Falle, als der dem Centrum angehörige
Präsident aus übergroßer Reichartigkeit einer Lappalie wegen sein Amt
niederlegte, kam es zu einer Kooperation der „Liberalen“, Social-
demokraten und Bauernbündler mit dem Resultate der Wahl eines
„Liberalen“ Präsidenten. Dieser Vorgang änderte aber gar nichts
an der völligen Preisgabe der „liberalen“ Prinzipien an das Centrum
in allen wichtigen Fragen. Und der „Präsidentensturz“ war, das
kann auch ganz ruhig gesagt werden, die Mühe nicht wert, die auf-
gewendet werden mußte, um den „Liberalen“ Hut für diese Staats-
aktion einzulösen.

Wo es sich um die Interessen der Arbeiterschaft handelte, wo es
galt, reaktionäre Bestrebungen zu kennzeichnen oder zurückzuweisen,
waren aber die „Liberalen“ immer noch reaktionärer wie das
Centrum, dessen Lob hier gewiß nicht gesungen werden soll. Und
der Bauernbund, dem es an jeder Führung mangelt, war erst recht
nichts wie das Schwanzstück des Centrums.

Also nicht in der Rolle des „Ringelns an der Waage“, die ihr
unter diesen Umständen völlig verlagert war, errang die kleine social-
demokratische Fraktion ihre Erfolge, sondern diese sind lediglich das
Resultat ihrer geschickten und energischen Arbeit, ihres prinzipiellen
und festen Widerstandes gegen die „rechten Großen“.

Das genannte Parteiblatt macht weiter geltend, daß nach dem
ganzen Verhalten der „Liberalen“ während der letzten Legislatur-
periode das Centrum in der That als das „kleinere Uebel“
zu betrachten gewesen sei.

Die Parteikonferenz für den Wahlkreis Breslau-Anger-
münde tritt Sonntag, den 27. August, mittags 1 Uhr, in
Breslau in im Lokale des Herrn Poillon, Schuelle 67, zusammen.
Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt: 1. Bericht des Kreis-
Vertrauensmannes und der örtlichen Vertrauensleute. 2. Agitation.
3. Die Lokalfrage. 4. Die Kandidatenfrage. 5. Wahl des Kreis-
Vertrauensmannes und Wahl der Delegierten zur Provinzialkonferenz.
6. Verschiedenes.
Der Kreis-Vertrauensmann.

Die Fortser Parteigenossen beschloßen in einer am Sonntag-
tagabend abgehaltenen Parteiverammlung, sich auch dieses Jahre an
den Stadtverordnetenwahlen zu beteiligen. Ferner wurde eine Reso-
lution angenommen, in welcher die Genossen, welche Mitglieder
des Konsumvereins sind, aufgefordert werden, dahin zu wirken,
daß am 1. Mai Comptoir und Verteilungsstellen geschlossen bleiben.

Zum französischen Einigungs-Kongress. Man schreibt uns:
Das Sakatol des französischen Einigungskongresses hängt
wesentlich von dem lebhaften nationalen Jahres-
kongress ab, den die („Marxistische“) Arbeiterpartei vom 13. August
in Oernay abhalten wird. Diese Organisation, welche
seit länger als 20 Jahre besteht, ist ungewissermaßen die festgelegte
und auf fester Prinzipiengrundlage beruhende politische Arbeiter-
organisation in Frankreich. Die Arbeiterpartei, geführt von
Guesde, Lafargue und Deville, sämtlich Schülern von
Marx, dessen Schwiegersohn Lafargue ist, hat bei den
vorjährigen Kammerwahlen in Frankreich weitaus die meisten
der Stimmen gehabt, und sie ist es, welche die meisten
unter socialistischer Verwaltung stehenden französischen Städte er-
ober hat. Die Grenzlinie zwischen den verschiedenen französischen
Partei-Organisationen läßt sich aber nicht streng ziehen, wie wir
schon früher hervorhoben, und so erklärt es sich denn, daß auch aus
der Mitte der „Arbeiterpartei“ mancherlei Proteste gegen das
„Einigungs-Manifest“ der drei Fraktionen erschienen sind — Proteste,
die jedoch zum großen Teil mehr der scharfen und persönlich zu-
gespielten Form gelten, als dem Inhalt. Man will eben keinen
neuen Schritt. Allein die Tatsache hebt sich doch mehr und mehr
hervor, daß wichtige Fragen der Taktik und des Prinzips
trennend zwischen den verschiedenen Gruppen stehen und erledigt
werden müssen, ehe eine wirkliche Einigung erfolgen kann. Auf dem
nationalen Kongress in Oernay werden nun diese Fragen zur
Sprache kommen und von den Delegierten, welche gesandt werden,
hängt es ab, welche Stellung die „Arbeiterpartei“ auf dem Einigungs-
kongress einnehmen wird.

So viel laut jetzt schon nach Anmerkungen von maßgebender
Seite als feststehend gelten, daß eine vollständige
Einigung nur dann stattfinden kann, wenn die geeinigte
Partei sich den Klassencharakter vollständiglos wahr. Geht
dies nicht, so würde die „Arbeiterpartei“ mit der alten
Blanquistischen Organisation verschmolzen, eine geforderte Existenz
innerhalb der Partei sich vorbehalten. Auch das wäre schon ein
großer Fortschritt. Schlimmstenfalls wird ein noch besserer Zustand
eintreten, als der durch das Verständigungs-Komitee geschaffene. Ein
günstiger Umstand ist es, daß die bevorstehende Dreijährs-Affaire vor
dem Zusammentritt des Einigungskongresses eintritt sein wird,
so daß die Geister bis dahin Zeit gehabt haben, sich abzukühlen.

Politikliches, Gerichtliches usw.

Der Redacteur der Chemnitzer „Volkstimme“, Genosse
Schäpflin, wurde wegen Verleumdung des Stadtrats zu Pöhlen
zu 100 M. Geldstrafe verurteilt, trotzdem er am nächsten Tage
eine Verächtigung gebracht hatte.

Ein auffälliges Urteil fällt das Schöffengericht zu
Gelsenkirchen. Vor ca. 3 Monaten hielt der dortige Arbeiter-
Bildungsverein eine Versammlung ab, welche dem Schifal der
politischen Auflösung verfiel, weil sich bei einer Abstimmung
berausstellte, daß 5 Nichtmitglieder anwesend waren. Das Gericht
entschied, daß, da genannter Verein ein politischer Verein sei, nach
dem Vereinsgesetz bei Vereinsveranstaltungen keine Nichtmitglieder
zugelassen werden dürften. 3 Vorstandsmitglieder wurden deshalb
wegen Vergehen gegen das Vereinsgesetz zu je 15 M. Geldstrafe
verurteilt, der Richter des Lokals erhielt 30 M. Strafe und ebenso
viel erhielt der Referent, der sich nach Ansicht des Gerichts vorher
hätte erkundigen sollen, ob Nichtvereinsmitglieder anwesend wären,
was er nicht gethan hat. Gegen das Urteil wird Berufung an-
gemeldet.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Zum Leberarbeitersstand in Wlster. Nachdem der Versuch der Fabrikanten, Corrigenden an Stelle der Ausständigen beschäftigen zu dürfen, fehlgeschlagen war, so hat man versucht, Arbeiter in Distrikten anzuwerben, in denen die Arbeiterbewegung noch weniger Fortschritte gemacht hat. Die Heranziehung von Logier- und Schlafräumen in der Fabrik u. Schüttischen Fabrik veranlaßte die Arbeiterschaft, ihre Posten weit hinaus zu schieben, um einem Transport fremder Arbeiter event. Aufklärung zu geben. Ein 51 Personen starker Transport, aus Oberhessen und Württemberg zusammengefaßt, langte am Dienstagabend hier an. Durch das Zusammenarbeiten der Polizei, Eisenbahnbahnen und des Unternehmers war es nicht möglich, den Leuten schon in Hamburg Aufklärung zu geben über die Dinge in Wlster. In Zehoe, der letzten Station vor Wlster, wurde der Wagen losgelegt und per Extrazug nach der Fabrik u. Schüttischen Fabrik, wo bis jetzt keine fahrbahnfähige Haltestelle war, gebracht. Den Leuten wurde schon klar, zu welchen Diensten sie bestimmt waren, denn das starke Polizeiaufgebot betrachteten dieselben nicht als eine Ehrenbezeugung. Man hatte sie für eine neuerrichtete Fabrik, angeblich fünf Minuten von Hamburg entfernt liegend, angeworben. Nachdem die Streikenden ihnen durch Wort und Schrift Aufklärung gegeben, verließen dieselben am anderen Morgen die Fabrik. Sämtliche Ausgänge der Fabrik waren verschlossen und als 23 Mann denselben „verbotenen Weg“ passierten, auf dem sie hineingelommen, wurde auch dieser Ausgang zugesperrt, und so wurden die Leute gleich Häftlingen an der Ausübung ihres freien Willens verhindert. Seitens der Streikenden wurde ein Flußfahrzeug requiriert und dadurch die Leute aus der Gefangenschaft befreit. In einer vormittags abgehaltenen Versammlung berichteten die Leute über ihre Anwerbung und Transport hierher. Hauptsächlich nimmt der hiesige Bürgermeister, der die Versammlung persönlich überwachte, seine Rücksichten mit den Fabrikanten und deren Helfershelfer, sondern veranlaßt, daß gerechte Strafe denen zu teil wird, die die Leute ihrer Freiheit beraubten, die Fälligkeit der Kontrakte vornehmen. Der Bürgermeister hat hauptsächlich festgestellt, daß die Verbotstrafe nach Wilstorf bei Hamburg lautet; später hatte man „orf“ durchschreiben und „er“ darüber geschrieben. Auch wurde festgestellt, daß man den Leuten in Ratibor eine Liste vorgelegt, zur Aufzeichnung ihres Namens mit dem Bemerkung, gleichzeitig festzustellen, wie viel Personen zum Transport verfügbar seien. Hier entpuppte sich diese Personenliste als ein Kontrakt, von dem die Leute keine Silbe wußten. Auf Grund dieser Feststellung seitens der hiesigen Polizeibehörde waren die Leute von der Aufnahme der Arbeit entbunden. Heute Donnerstag sind sämtliche Leute wieder abgereist. Das Vermittlungsbureau Ungerathen in Ratibor hat hier seine Hand im Spiel gehabt und machen wir alle Arbeiter darauf aufmerksam.

Nachdem die deutsche Arbeiterschaft sich dieses Zustandes angenommen und denselben unterstügt, ist die Möglichkeit ausgeschlossen, daß der Wunsch der Unternehmer, den Arbeitern die Mittel zur Unterstützung ausgeben, in Erfüllung geht. Namentliche Summen sind bereits zur Unterstützung eingelaufen. Weitere Sendungen nimmt gern entgegen das Streikkomitee D. Klein, Wlster, Ahrens' Herberge.

Gegen den Vertrauensmann der Hamburger Steinarbeiter J. W. Arnold war, wie mitgeteilt, ein auf 1 Monat Gefängnis lautender richterlicher Strafbefehl ergangen, weil er sich dadurch des Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung schuldig gemacht haben sollte, daß er verschiedentlich im „Hamburger Echo“ bekannt gegeben hatte, die organisierten Steinarbeiter hätten über drei, namentlich angegebene Firmen wegen Nichtbewilligung des von der Organisation aufgestellten Lohnsperre verhängt. A. beantragte richterliche Entscheidung gegen den Strafbefehl und bestritt, daß erstens in der einfachen Mitteilung, es sei über die und die Firma die Sperre verhängt, überhaupt eine Verurteilung zu erblicken sei, und zweitens, daß der § 153 der Gewerbeordnung auf den Fall Anwendung finde, wenn ein Arbeitgeber durch eine Verurteilung u. v. von Arbeitnehmern gezwungen werden sollte, deren Forderungen zu bewilligen. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft war anderer Meinung. Er führte aus, eine einfache öffentliche Bekanntgabe der Thatsache, daß über eine Firma eine Sperre verhängt sei, sei eine Verurteilung, denn es werde dadurch die betreffende Firma den Arbeitern gegenüber in Verurteilung erklärt. Und der Angeklagte habe mit dieser Verurteilung bezweckt, die Firmeninhaber zu zwingen, Verabredungen der Steinarbeiter bezugs Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen beizutreten und das durch Bewilligung des von den Arbeitern aufgestellten Lohnsperre zum Ausdruck zu bringen. Das Gericht war mit dem Angeklagten und dessen Verteidiger jedoch der Ansicht, daß in dem einfachen öffentlichen Bekanntgeben der Sperreverhängung eine Verurteilung im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung deshalb nicht zu erblicken sei, weil dabei das eigentliche Kriterium des Verurteilten, das Moment der beabsichtigten Herabsetzung in der Meinung anderer Personen, fehle, und sprach den Angeklagten kostenlos frei.

Der Fischerlandstand in Waldenburg (Schlesien) dauert noch fort. Einige Kessler haben die Bedingungen: zehnjährige Arbeitszeit, 15prozentige Lohnerhöhung, angenommen; 25 Gefellen arbeiten zu den neuen Bedingungen.

„Die Sozialdemokraten reizen zum Streit auf“ ist eine der bekanntesten gegnerischen Redensarten, die speziell bei Beratung der Justizhausvorlage zu Ehren kam. Was es damit für eine Bewandnis hat, ergibt u. a. auch wieder die Thatsache, daß in Saalfeld i. Th. lediglich infolge der wiederholten Vermittlungsversuche unferer Genossen A. Gohmann, des Verlegers des dortigen „Volksblattes“, ein großer Streit vermieden worden ist. 168 Mann der Firma Kuerbach u. Scheide, Maschinenfabrik, hatten die Kündigung bezugs Erbringung kürzerer Arbeitszeit eingereicht, haben diese jetzt aber wieder zurückgezogen, nachdem infolge der Vermittlung H. S. die Firma die Einführung der zehnjährigen Arbeitszeit in baldige Zukunft hat, während sie sich vorher zu gar nichts verstand.

Die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker und das Leipziger Gewerkschaftskartell. Die Vorgänge, die seiner Zeit zu dem Ausschluß der Delegierten der Leipziger Buchdrucker aus dem dortigen Gewerkschaftskartell führten, dürften allgemein noch in Erinnerung unserer Leser sein. Das Leipziger Kartell stellte sich auf den Standpunkt, daß die Tarifgemeinschaft eine vom Boden des Klassenkampfes abweichende Vereinbarung sei und ließ deshalb nur die Gegner der Tarifgemeinschaft (Goschlaner) zu. Am hat der letzte Gewerkschaftskongress sich mit dieser Frage befaßt und die „Tarifgemeinschaften“ anerkannt. Damit war die Zulassungsfrage wieder akut geworden und das Leipziger Kartell hat sich mehrfach damit beschäftigt, schließlich aber von neuem den Beschluß gefaßt, die Vertreter des Buchdrucker-Verbandes nicht zuzulassen. In diesem Beschluß hat nun eine Leipziger Buchdrucker-Versammlung Stellung genommen und eine Resolution gefaßt, die jedenfalls zu weiteren Konsequenzen führen wird. Die Resolution lautet:

Die am 14. Juli 1899 im Theatersaale des Kempallpalastes zu Leipzig abgehaltene, sehr stark besuchte Allgemeine Buchdrucker-Versammlung brandmarkt den am 10. Juli d. J. wiederholt gefaßten Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskartells, wonach die auf der Grundlage des Kartellstatuts ordnungsgemäß gewählten Vertreter des Verbandes der Deutschen Buchdrucker wegen der von diesem eingegangenen Tarifgemeinschaft nicht als Kartelldelegierte anerkannt werden. Die Versammlung beauftragt das Bureau derselben, gegen diesen Beschluß bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Protest zu erheben, und von dieser zu verlangen, daß sie gemäß der rechtskräftigen Kongressbeschlüsse zur Befolgung derselben das Leipziger Kartell auffordert, da einerseits den Kartellen als einer der Generalkommission untergeordneten Disziplin kein Recht zusteht, die Beschlüsse eines Gewerkschaftskongresses nachzutreten oder umzusetzen, andererseits für

das Buchdrucker-Gewerbe nur der Verband der Deutschen Buchdrucker als Centralorganisation in Rahmen der Generalkommission anerkannt ist. Die Tarifgemeinschaft kann umso weniger als ein Hindernis für die Anerkennung der Buchdruckerdelegierten erachtet werden, als der Frankfurter Gewerkschaftskongress sowohl für diese Frage wie auch bezüglich der Einmischung der Kartelle in die internen Angelegenheiten der einzelnen Centralorganisationen ganz zweifelsfreie und prinzipielle Beschlüsse gefaßt hat. Sollte sich trotz Aufforderung der Generalkommission das Leipziger Gewerkschaftskartell beharrlich weigern, die Kongressbeschlüsse anzuerkennen, hat dieselbe alle Beziehungen mit dem Leipziger Kartell, als außerhalb der Generalkommission stehend, abzubrechen und die Vorstände der Centralorganisationen aufzufordern, ihre Berufskollegen aus dem Leipziger Kartell zurückzuziehen, eventuell haben diese Vorstände bekannt zu machen, daß die betreffenden Delegierten wider den Willen ihrer Organisation eine nicht zu billige Haltung einnehmen und damit die Beschlüsse der eigenen Centralorganisation mißachten. Die Leipziger organisierten Buchdrucker enthalten sich vorläufig weiterer Schritte, werden jedoch zu gegebener Zeit einmütig mit der Gesamtkollegenchaft Deutschlands die sich ergebenden Konsequenzen zu ziehen wissen.“

In der Waggonfabrik in Weimar haben über 100 Schlosser die Arbeit niedergelegt.

Die dänische Ausperrung sollte in diesen Tagen in Dresden und der Umgebung in verschiedenen Versammlungen erörtert werden. Für die Dresdener Versammlung war der Däne Olsen als Referent angekündigt. Dem Einberufer ist daraufhin von der Polizei mitgeteilt worden, daß das Auftreten Olsens nicht gebuldet werde, dieser vielmehr eventuell seine sofortige Ausweisung aus ganz Sachsen zu gewärtigen habe. Ganz sächsisch!

Schutz den Arbeitswilligen. Wie frivol seitens der Streikbrecher oft Anzeigen gemacht werden, das ging aus einer dieser Tage vor dem Münchener Schöffengerichte gegen zwei Bäckergehilfen durchgeführten Verhandlung wegen Vergehens gegen § 153 der R.-G.-O. wieder deutlich hervor. Ein zur Zeit des letzten Bäckerstreits in einer Bäckerei arbeitender Streikbrecher machte einem Schutzmänn die Anzeige, daß er durch zwei Streikende beschimpft und bedroht worden sei. Infolge dieser Angaben wurde gegen die zwei Gehilfen, die schon in der Vorunterjudung die Angaben des Streikbrechers entschieden in Abrede stellten, das Hauptverfahren eröffnet und jeder von ihnen auf dem Mandatswege zu einer Woche Haft verurteilt. Sie beantragten gerichtliche Entscheidung und in der Verhandlung vor dem Schöffengerichte erklärte der Anzeiger auf Eid, alle seine damals dem Schutzmänn gemachten Angaben seien un wahr gewesen. Dabei verwickelte sich der Bürche mit seinen eidligen Angaben detart in Widersprüche, daß ihm die sofortige Verhaftung wegen Meineids nahe bevorstand. Die beiden Angeklagten mußten infolge dieses Ergebnisses unter Leberbüdung sämtlicher Kosten auf die Staatskasse von Schuld und Strafe freigesprochen werden. Der gewissenlose Anzeiger aber bekam vom Amtsrichter einen gefälligen Knüttel.

Ausland.

Die Antwerpener Hafenarbeiter haben die Aufhebung der Sonntagsarbeit und die doppelte Bezahlung für die Nacharbeit durchgesetzt. Die Bewegung der Hafenarbeiter ist damit aber noch nicht zu Ende, sondern es handelt sich noch um einige andere Punkte.

Sociales.

Bauarbeiterbesch. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, ferner die Minister des Innern und für Handel und Gewerbe haben Grundzüge für Polizeiverordnungen, betreffend die Arbeiterfürsorge auf Baustellen, anarbeiten und den nachgeordneten Behörden zur weiteren Veranlassung zugehen lassen. Diese Grundzüge beziehen sich im allgemeinen auf umfangreichere Hoch- und Tiefbauten, und ihre Verwertung soll sich nach dem vorhandenen Bedürfnisse der einzelnen Bezirke richten. Vorgezeichnet wird die Herstellung geeigneter Räume zur Unterkunft für die an Baustellen beschäftigten Arbeiter bei unzulänglicher Witterung und in den Anbaupausen, die Vorkhaltung genügend und gesundheitsgemäßer Aborte; ferner die Beschäftigung der Baustellen auch mit der Sorge für die Gesundheit der in Neubauten arbeitenden Personen. In letzterer Beziehung bestimmen sie, daß vom 15. November bis 15. März Stuccatour, Puzer- und Töpferarbeiten in Neubauten nur dann ausgeführt werden dürfen, wenn die Räume, in denen gearbeitet wird, durch Lüften und Fenster verschlossen sind, sowie daß in Räumen, in denen offene Gaskocher ohne Ableitung der entstehenden Gase brennen, nicht gearbeitet werden darf, vielmehr solche Räume gegen andere, in denen gearbeitet wird, dicht abzuschließen sind.

Welches ist die Ursache der Schwindsucht bei den thüringischen Porzellanarbeitern? Vor kurzem teilten wir mit, daß ein Bezirksarzt im Herzogtum Sachsen-Altenburg dem dortigen Fabrikinspektor berichtete, unter den Porzellandrehern und Malern komme die Lungen- und Schwindsucht häufiger vor, als bei der übrigen Bevölkerung, wo sie verhältnismäßig selten auftritt. Zweifellos sei die Ursache dieser Erkrankungen weniger in Betriebsbedingungen, wie Staub, schlechte Luft und dergleichen zu suchen, sondern vielmehr in dem übermäßigen Alkoholgenuß und der ungesunden, trotz hohen Verdienstes recht dürftigen Lebensweise der betreffenden Arbeiter.

Dieses ärztliche „Gutachten“ wird begrifflicherweise von bürgerlichen Provinzialblättern eifrig kolportiert, denn es scheint ihnen geeignet, das Unternehmertum von dem oft und mit recht erhobenen Vorwurf: durch schlechte Betriebsverhältnisse zur Verbreitung der verheerenden Volksseuche beizutragen zu haben, reinzuwaschen, und die Schuld an diesem Uebel den angeblich ungesunden, alkoholliebenden Arbeitern zuzuschreiben. Die organisierten Porzellanarbeiter in verschiedenen thüringischen Orten haben bald nach Bekanntwerden des genannten „Gutachtens“ sich mit demselben beschäftigt, und den Vorwurf, als ob sie durch Trunksucht die Lungenlöcher in ihren Reihen befördern, entschieden zurückgewiesen.

Sie wollen die Auslassungen des altenburgischen Bezirksarztes mit einigen Thatsachen beleuchten. Der Herr sagt, „trotz hohen Verdienstes“ sei die Lebensweise der betreffenden eine ungesunde und dürftige. Wie sieht es nun mit dem „hohen Verdienst“ der altenburgischen Porzellandrehern und Maler aus? Darüber giebt eine vom Verbands der Porzellanarbeiter in den Jahren 1894/95 aufgenommene Statistik Antwort. In Sachla verdienten die Dreher und Former bei täglich elfstündiger Arbeitszeit einen durchschnittlichen Wochenlohn von 18,87 M., die Maler bei 10¹/₄stündiger Arbeitszeit durchschnittlich 17 Mark pro Woche. In Eisenberg erzielten die Dreher und Former bei 10¹/₄stündiger Arbeitszeit einen Durchschnittslohn von 18,88 M., die Maler einen solchen von 17,23 M. bei 10stündiger Arbeitszeit. Das sind die Löhne, die der Bezirksarzt als „hohes“ bezeichnet. Es ist klar, daß solche Löhne eine Familie zu recht dürftiger Lebensweise verurteilen. Daß die Löhne seit den Jahren 1894/95 nicht höher geworden sind, das wurde auf der diesjährigen Generalversammlung der Porzellanarbeiter von allen Seiten konstatiert und zahlenmäßig nachgewiesen, und es wurde weiter festgestellt, daß Löhne, welche sich über den Durchschnitt erheben, nur durch zahlreiche Ueberstunden erzielt werden. Der Herr Bezirksarzt sagt weiter, als Ursache der unter den Porzellanarbeitern so häufig auftretenden Schwindsucht kämen Betriebsbedingungen wenig in Betracht. Der Herr hat jedenfalls noch nie das Innere einer Porzellanfabrik betreten. Daß die Arbeit in staubreicher Luft wesentlich zur Veranlassung der Schwindsucht beiträgt, ist eine allgemein anerkannte Thatsache. Sie haben aber die Porzellandrehern ganz erheblich unter der Staubentwicklung, die der Betrieb mit sich bringt, zu leiden, und es kostet den Arbeitern oft viel Mühe, die Unternehmer zur Durchführung der allernotwendigsten hygienischen Einrichtungen zu veranlassen. Von zahlreichen Beispielen seien hier nur zwei angeführt: In einer Eisenberger Fabrik befindet sich die Dreherei auf dem Glühboden. Wenn nach beendetem Brand die Ofentür ge-

öffnet wird, dann steigt die Temperatur so hoch, daß es den Arbeitern kaum möglich ist, hier zu verweilen. Aber von Ventilation ist keine Rede. In einer anderen Fabrik, wo der Arbeitsraum der Maschinendrehen ungewöhnlich niedrig und die Entwicklung von Staub und schlechter Luft daher ganz besonders fühlbar ist, erludeten die Arbeiter die Fabrikleitung um Anlage einer Ventilation. Es wurden auch zwei Abzugskanäle angebracht, die aber nicht ins Freie, sondern auf den über dem Arbeitsraum befindlichen Bodenraum führten.

Dadurch konnte dem Uebelstand natürlich nicht abgeholfen werden. Die Arbeiter haben, man möge doch die Abzugskanäle durch das Dach ins Freie führen. Daraus antwortete der Direktor lakonisch: „Das kostet zu viel Geld.“ Ähnliche Mißstände liegen sich noch aus den meisten Fabriken des in Rede stehenden Bezirks aufzählen.

Wenn Arbeiter in solchen aller Rücksicht auf ihre Gesundheit heftigstprechenden Betrieben täglich 10, 12 und mehr Stunden thätig sein müssen, und noch dazu so niedrig entlohnt werden, daß der Verdienst zu einer guten Ernährung auch nicht entfernt ausreicht, dann ist es kein Wunder, wenn die Schwindsucht in ihren Reihen zahlreiche Opfer fordert. Wenn der Altenburgische Bezirksarzt unter der übrigen Bevölkerung Schwindsuchterkrankungen weniger beobachtet hat, so erklärt sich dies wohl hauptsächlich daraus, daß die übrige Bevölkerung nicht in die Porzellanfabriken geht.

Gewerkschafts-Zeitung.

Die Hamburger Polizei möchte die Arbeiter-Radfahrer gern unter ihren besonderen Schutz nehmen, ihnen zu ihren Versammlungen zwei uniformierte Hüter entsenden und zu diesem Zwecke gern 24 Stunden vorher wissen, wann und wo die Versammlungen abgehalten werden. Der Arbeiter-Radfahrerverein hat für diese wohlgemeinten Bestrebungen aber gar kein Verständnis und weigert sich beharrlich, die Versammlungen bei der Polizeibehörde anzumelden. Dem Vorsitzenden war deshalb eine Strafvorfugung über 20 M. wegen Vergehens gegen § 8 des Hamburgischen Vereinsgesetzes zugestellt, gegen die er aber Einspruch erhob. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte Verurteilung desselben, da der Arbeiter-Radfahrerverein offenbar ein „politischer Verein“ sei. Derselbe habe sich unter Vorantragung seines Namens an der letzten Maidemonstration der Hamburger Sozialdemokraten beteiligt und einmal in einer Versammlung das Thema erörtert: Das Vorgehen der Hamburger Polizei gegen die Arbeiter-Radfahrervereine. Daraus gehe zu Genüge hervor, daß es sich um einen „politischen Verein“ handle, der seine Versammlungen anmelden müsse. Demgegenüber kommt der Vertreter der Freiherren von Adlershausen darauf hinzuweisen, daß das Hamburgische Vereinsgesetz den Begriff „politischer Verein“ gar nicht kenne und nur verlange, daß Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten, angemeldet werden müßten. Selbst durchaus politische Vereine brauchen Versammlungen, in denen keine öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten, nach dem Wortlaut des Gesetzes nicht vorher bei der Polizei anzumelden. Das Gericht schloß sich dem an und erkannte auf kostenlose Freisprechung.

Prompte Justiz. Daß das Reichsgericht in Zivilsachen zur Zeit in hohem Grade überfüllt ist, dafür spricht die Thatsache, daß in einer Zivilsache, in der in den ersten Tagen dieses Monats Revision eingelegt wurde, Termin zur Hauptverhandlung auf den 2. Februar 1900 anberaumt wurde.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Riel, 28. Juli. (Privatdepesche.) Ein Marinereusefall ereignete sich heute Nachmittag im Kieler Hafen. Das „Segelgig“ des Hafensapienten kenterte, wodurch 7 Matrosen in Lebensgefahr kamen, 2 Matrosen ertranken, 5 wurden gerettet.

Hierzu meldet Wolffs Telegraphenbureau: Der Rutter des kaiserlichen Hafensapienten wurde heute Nachmittag zwischen Moltensort und Friedrichsort durch eine schwere Regenwolke zum Kentern gebracht. Die Besatzung, aus einem Desoffizier, einem Oberbootsmann und sechs Matrosen bestehend, führte ins Wasser; drei Matrosen ertranken, der übrige Teil der Besatzung wurde durch hinzueilende Dampfboote gerettet.

Saag, 28. Juli. (B. S.) Der sozialistische Abgeordnete Troelsira, der in der Affaire des angeblich unschuldig verurteilten Hogerhuis eine hervorragende Rolle spielte, wurde heute vom Schwurgericht von der Anklage der Beleidigung von Gerichtsbeamten freigesprochen.

Wien, 28. Juli. (B. S.) An alle Korpskommandanten wurde vom Reichs-Kriegsministerium ein Reservatbefehl erlassen, durch welchen Mißhandlungen der Soldaten, besonders das Schlagen ins Gesicht, auf das strengste verboten wird.

Wien, 28. Juli. (B. S.) Eine Deputation liberaler Abgeordneter und Gemeinderäte begab sich heute vormittag zu Graf Tann, um Beschlüsse zu führen über das brutale Vorgehen der Polizei nach der Auflösung der gestrigen Protestversammlung gegen den 14. Graf Thun, der sich sehr zurückhaltend verhielt, versprach nur, sich informieren zu wollen.

Lemberg, 28. Juli. (B. S.) Ein russischer Militärballon mit zwei russischen Generalstabsoffizieren landete bei Zoroslau, von wo die Offiziere alsbald unter Gendarmereibegleitung an die Grenze gebracht wurden.

Brüssel, 28. Juli. (B. S.) Der Fünfzehner-Ausschuß hat sich nach heftigen Debatten, während welchen es zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen Progressisten und Sozialisten kam, auf nächsten Dienstag vertagt, ohne daß es zur Abstimmung über irgend eine Wahlreform gekommen wäre. Die Ministerkrisis ist dadurch wieder in den Vordergrund getreten. Nicht weniger als fünf Kombinationen sind nunmehr vorhanden. In den meisten wird Gaudensperreboom als Ministerpräsident durch den früheren Minister Smet de Raer erletzt.

Brüssel, 28. Juli. (B. S.) Der progressivistische Abgeordnete Lorand veröffentlicht in einem heutigen Briefe seine Demission als Redacteur des Progressisten-Organ „Reform“, weil seine Ansichten mit denen seiner Partei nicht mehr übereinstimmen.

Brüssel, 28. Juli. (B. S.) In der heutigen Senatssitzung hat die Regierung sich geweigert, einen Amnestie-Antrag für die während der letzten Unruhen verhafteten Kundgeber zuzugestehen.

Belgrad, 28. Juli. (Meldung des Wiener Telegr.-Korr.-Bureaus.) Das Stadtgericht beschäftigt sich noch immer mit der Aburteilung von Personen, welche wegen verschiedener Delikte wie Freizevergehen, Majestätsbeleidigung, Angriffe auf bedürftliche Agenten oder Beleidigung derselben etc. angeklagt waren. Die Verhandlungen sind öffentlich; es stehen den Angeklagten Verteidiger zur Seite. Den Verhandlungen wohnen regelmäßig Korrespondenten mehrerer europäischer Blätter bei. Nach Angabe offizieller seriöser Kreise wird dasselbe Verfahren auch bei den Verhandlungen über die Attentats- und Verfassungsverstöße beobachtet werden. Diese Verhandlungen sollen in etwa zehn Tagen beginnen und werden über dieselben regelmäßig Berichte veröffentlicht werden. Für das diplomatische Korps wird eine Tribüne reserviert werden. Wie nun verfährt, habe die Regierung diese Maßnahmen zu dem Zwecke getroffen, um die Behauptung, als wäre das Attentat von der Polizei angezettelt worden, zu widerlegen.

Nach einer Meldung der „Frankf. Jtg.“ aus Belgrad, verurteilte das Stadtgericht heute den Redacteur des liberalen Blattes „Srblo“, Jafari, wegen Beleidigung zu zehn Tage Arrest.

Eine Diensthöten-Bewegung, die auch den Herrschaften gefallen und nützen soll.

Ein hier seit längerer Zeit bestehender „Unterstützungsverein der Diensthöten Deutschlands“ bemüht sich seit kurzem, auch das weibliche Diensthötenpersonal zu seiner Organisation heranzuziehen. In diesem Zweck fand am Donnerstag im Hohenzollern-Saal in der Vandenbrücke eine von dem genannten Verein einberufene öffentliche Diensthöten-Versammlung — die zweite dieser Art — statt. Die Versammlung war von etwa 500, meistens dem weiblichen Geschlecht angehörenden Personen besucht. Die „Mädchen für Alles“, also die Diensthötenmädchen im engeren Sinne des Wortes, waren ansehnlich gar nicht vertreten; die weitaus größte Zahl der Versammlungsbesucherinnen machten den Eindruck von Mädchen, die in reichen Häusern bessere Stellungen bekleiden. Ferner waren einige Damen erschienen, eine kleine Zahl männlicher Diensthöten, und einzelne — anscheinend antisemitische — Herren, die durch ihr Verhalten bewiesen, daß sie nur gekommen waren, um sich die Zeit durch Unflät und Schand zu vertreiben. Ein Vorhaben, welches jedoch dadurch im Keime erstickt wurde, daß die umstehenden Versammlungsbesucherinnen diese Herren ganz energisch zur Räube vertrieben. — Neben der Tendenz der geplanten Diensthöten-Organisation giebt ein in der Versammlung verteiltes Flugblatt Aufschluß, aus welchem wir die charakteristischsten Sätze hervorheben: „Wir bekämpfen die Ausbeutung und Knechtung und die Ungerechtigkeit in jeder Form.“ Unsere Ziele sind: „Durch eigene Selbsthilfe den dienenden Ständen ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen.“ Mit diesen Zwecken und Zielen sollen „nicht etwa socialdemokratische Tendenzen verfolgt werden, sondern die rein wirtschaftlichen, subjektiven Zustände verbessert werden.“ Es ist selbstverständlich, daß eine Vereinigung von solchen Personen, welche sich im Dienste der Herrschaften befinden, nicht durch wüste Agitation vorgehen darf, sondern nur auf staatsrechtlichem Boden gedeihen und danach streben kann, ihre Lage zu verbessern.

Als der Vizepräsident der Versammlung eröffnete, verwarf er sich nachdrücklich gegen die durch die Presse vertretene Ansicht, als ob die Diensthötenbewegung eine socialdemokratische sei. Als erste Referentin trat ein Fräulein Schlessinger auf. Sie sprach über die „Diensthöten-Loyalität“, ein Ausdruck, der nicht das Elend der Diensthöten, sondern den Mangel an solchem Diensthötenpersonal, welches im Sinne der Herrschaft ein gutes ist, bezeichnen soll. Die Referentin ging in ihrer Rede mit Hrosfen von Frieden und Harmonie zwischen Herrschaften und Dienenden gesprochen. Sie sprach davon, daß die „Diensthöten-Loyalität“ beseitigt würde, wenn die Herrschaften ihrem Diensthötenpersonal eine bessere Behandlung zu teil werden lassen. Die Referentin wandte sich auch in diesem Sinne an die Herrschaften, jedoch konnte man ihren Ausführungen anmerken, daß es ihr bei den Bestrebungen um Verbesserung des Loses der Diensthöten weniger um diese, als vielmehr um das Wohl der Herrschaften zu thun ist, die unter dem Mangel an geeigneten Diensthöten leiden. Die milde Friedenspredigt der Rednerin wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Der zweite Referent war Herr Perlmann, der Redacteur des „Vorwärts“ des Diener-Vereines. Er wandte sich zunächst gegen die Haltung, welche die hiesige Presse aus Anlaß der ersten Versammlung gegenüber der Diensthötenbewegung eingenommen hat. Mit wenig Ausnahmen hätten die Tageszeitungen die Bewegung teils lächerlich zu machen gesucht, teils eine feindliche Stellung gegen dieselbe eingenommen. Der „Vorwärts“ habe die vorige Versammlung nicht angegriffen, auch keinen Bericht über dieselbe gebracht. Das sei wohl der beste Beweis dafür, daß die Bewegung keine socialdemokratische ist. In der vorigen Versammlung sei ein Socialdemokrat Pfeifer aufgetreten, der habe gesagt, er werde dafür sorgen, daß der „Vorwärts“ einen guten Bericht über die Versammlung bringe. Das sei nicht geschehen. Man sehe also, was es mit den Versprechungen der Socialdemokraten auf sich habe. „Ich rate Ihnen, Pfeifen Sie auf Pfeifer und seine Genossen.“ (Stürmischer Beifall.) In seinem Thema: „Die besonnenen Herrschaften gute Diensthöten?“ übergehend, führte der Redner aus: Das Gedeihen des Staates hänge von einem zufriedenen, zufriedenen Mittelstande ab. Der Mittelstand müsse zufrieden gemacht werden. Es müsse dafür gesorgt werden, daß die Männer des Mittelstandes gute, fleißige, pflichttreue Hausfrauen bekommen. Solche Hausfrauen könnten aber nur im Diensthötenberufe ausgebildet werden. (Beifall.) Die Frauen seien die größten Stützen des Staates. (Bravo.) Leider gingen die Mädchen des Arbeiterstandes heute lieber in die Fabriken, wie in den Dienst. Die Folge davon sei, daß auch der Arbeiterstand unter dem Mangel an guten Hausfrauen leide. Wer habe es nicht schon beobachtet, daß ein verheirateter Arbeiter in der Endzeit zu seinem Kollegen sage: „Weißt Du, was meine Ehe heute heißt? Ich habe heute keine Hausfrau.“ (Heiterkeit und stürmischer Beifall.) Damit dem Diensthötenmangel abgeholfen werde, plädierte der Redner für Abschaffung oder zeitgemäße Aenderung der Gesinde-Ordnung, für bessere Behandlung der Diensthöten seitens der Herrschaften, für Sorge in Krankheitsfällen, und, weil in den Zeugnissen oft wahrheitswidrige, die Existenz des Dienenden schädigende Angaben gemacht werden, Abschaffung der Zeugnisse in den Diensthöten. (Stürmischer Beifall.) Der Redner schloß mit der Mahnung an die Herrschaften: Behandeln Sie die Diensthöten gut, und Sie werden gute Diensthöten haben. Verächtlungen Sie die gerechten Forderungen, und es wird kein Mangel an Diensthöten sein. (Beifall.) Den Mädchen aber sage er: Wenn es Ihnen nicht gefällt, dann stellen Sie den Besen nicht gleich in die Ecke, sondern suchen Sie sich bessere Verhältnisse zu schaffen. Organisieren Sie sich! (Bravo.) Sie allein können aber die Frage nicht lösen, es gehören auch die Herrschaften dazu. Darum suchen Sie ein gutes Einvernehmen mit den Herrschaften herbeizuführen. (Lebhafter Beifall.)

Es folgte nun eine längere Diskussion, an der sich auch die weiblichen Diensthöten lebhaft beteiligten. Maria Joch führte aus: Sie sei ein schlüchtes Mädchen aus dem Volke und habe in fünfjährigen Dienst manche Erfahrungen gesammelt. Ihr Vater habe ihr zwar gelehrt, nach dem Worte zu handeln: „Was Brot ich esse, das Lied ich singe.“ Trotzdem könne sie nicht umhin, das Verhalten gewisser Herrschaften zu verurteilen. Sei es nicht empörend, wenn den Mädchen eine Schlafstube angewiesen werde auf dem Hängeboden, der angebracht ist über der Küche, der Bodenstube und einem gewissen Ort, so daß die Schlafende gezwungen sei, die gemachten „Wohlgewichte“, welche diesen drei Räumen einströmen, einzatmet. In einem herrschaftlichen Hause sei es der Rednerin passiert, daß man ihr Knochen statt des Fleisches auf den Teller legt, und als sie deshalb den Dienst verließ, habe sie das Zeugnis bekommen: „Für meinen Haushalt nicht brauchbar.“ In einer andern Stellung habe sie als 15-jähriges Mädchen in der Nacht wachen müssen. Aber es gebe auch edle Herrschaften, und an diese müsse man sich wenden, daß sie den Beforderungen der Diensthöten helfen. (Beifall.) Emma Biering hält es für die vornehmste Aufgabe der Diensthöten, durch Treue, Pflicht und Gehorsam die Zufrieden-

heit der Herrschaften zu erwerben. Die Diensthötenbewegung wolle nichts Unerreichbares, sie verlange Freiheit und geregelte Arbeitszeit. (Lebhafter Beifall.) Wie es jetzt damit aussehe, zeige folgender Fall: Die Rednerin habe ein Mädchen erlucht, mit in die Verammlung zu kommen. Dem habe das betreffende Mädchen nicht nachkommen können, weil das Haus um 8 Uhr geschlossen wird, und sie nachdem nicht mehr ausgehen darf. Wenn auch jetzt keine Hängeböden gebaut werden dürfen, so seien die Schlafräume der Mädchen doch nichts anderes als elende Löcher. (Allseitige Zustimmung.) So wie 1813 das deutsche Volk sich aufrührte, so sich von der Feudalgesellschaft zu befreien, so mühten sich heute die Diensthöten zusammenzusetzen, und nicht eher ruhen, als bis sie sich von der Gesinde-Ordnung vom Jahre 1810 befreit haben. (Bräusender Beifall.) Anna Siesenhagen: Die Damen haben zwar viele Wohlthätigkeitsvereine gegründet, aber nichts für die Diensthöten gethan. Bist du Gottes Sohn, so hilf dir selbst, heißt es jetzt. Nur wir selber können uns von der Gesinde-Ordnung befreien. (Beifall.) Redacteur v. Gerlach bekundete in längerer Rede seine größte Sympathie für die Diensthötenbewegung, meint aber, daß Fräulein Schlessinger allzusehr zum Frieden geneigt habe. Der Friede müsse zwar das Ziel der Bewegung sein, vorläufig heiße es jedoch: Durch Kampf zum Sieg! (Bräusender Beifall.) Rudolph Blasing: Wenn Ihnen socialdemokratische Tendenzen untergeschoben werden, so brauchen Sie sich deshalb nicht zu scheuen. (Bravo.) Ich will hier nicht Propaganda für die Socialdemokratie machen, sondern Ihnen nur zeigen, daß Sie von denen, die denselben Kreisen wie Ihre Herrschaften angehören, nichts zu erwarten haben. Nur durch Ihre eigene Kraft können Sie den Sieg erringen. Die Diensthöten im Gaswerksgewerbe haben es auch nur ihrer Agitation zu verdanken, daß sie nicht mehr unter der Gesinde-, sondern unter der Gewerbe-Ordnung stehen. Herr Perlmann sprach von Pfeifer und Genossen. Sollte er damit die Socialdemokratie meinen, so sage ich ihm, daß diese Partei die einzige ist, welche für die Interessen der Arbeiter eintritt. (Bravo.) Wenn man Ihre Bestrebungen mit denen der Socialdemokratie identifiziert, so brauchen Sie sich deshalb nicht zu scheuen. Sobald sie ernstlich an die Verbesserung Ihrer Lage denken, wird man sie ohne weiteres als Socialdemokraten betrachten. (Lebhafter Beifall.) Redacteur Perlmann kommt nochmals auf den Pfeifer aus der vorigen Versammlung zurück. Derselbe habe gesagt, die Diensthöten sollten sich erst organisieren, dann würden ihnen die Socialdemokraten helfen. Redner meint, wenn die Bewegung erst stark sei, dann brauche sie den Schutz keiner Partei mehr. In einer Frage, wie die der Diensthöten, mühten alle Parteien auf seinen der letzteren stehen. — Die Versammlung endete mit der einstimmigen Annahme folgender Resolution: Die hier versammelten Dienenden sind zu der Ansicht gekommen, daß die für sie bestehenden Sondergesetze den heutigen Anschauungen nicht mehr entsprechen. Sie wollen weite Kreise interessieren für zeitgemäße Aenderung oder Abschaffung der Gesinde-Ordnung.

lokales.

Achtung! Parteigenossen! Die Wählerlisten für die Stadtverordneten-Wahlen liegen nur noch bis Sonntag zur Einsicht an. Wir weisen deshalb nochmals auf unser Tableau der Wahlbezirke hin, das in der Nummer am Donnerstag, den 27. d. M., erschienen ist. Wer sich sein Wahlrecht für die städtische Vertretung wahren will, dem ist dringend anzuraten, Einsicht in die Listen zu nehmen, oder dies durch die Parteifreunde, deren Adressen wir wiederholt bekannt gegeben haben, vollziehen zu lassen. Die Parteigenossen bitten wir, die Säumigen auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen und allerorts auf die Bedeutung der Wahl und die Ausstellung von Wählerlisten hinzuweisen.

Am Sonntag läuft der Termin für die Auslegung der Listen ab, d. h. es können noch an diesem Tage von 9—3 Uhr im städtischen Wahlbureau, Poststraße 16, 2 Treppen, die Listen eingesehen werden. Wer bis dahin dieser kleinen Mühe sich nicht unterzogen hat, läuft Gefahr, eines wichtigen politischen Rechtes verlustig zu gehen; das zu verhindern sei jeder Arbeiter und Gewerbetreibender bedacht, umso mehr, da gerade bei diesem elenden Wahlsystem zur Stadtvertretung die Rechte der besitzlosen Klassen äußerst herabgedrückt sind.

Das Polizeipräsidium und die Landagitation. Die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg soll nach Ansicht des Berliner Polizeipräsidiums ein „Verein“ sein, „Statuten“ besitzen und sie dem Polizeipräsidium einreichen. Nun ist aber die Kommission weder ein Verein, noch besitzt sie Statuten, noch ist sie gar verpflichtet, solche dem Polizeipräsidium einzureichen. Aus der Disharmonie zwischen dem Wunsch des Berliner Polizeipräsidiums und den tatsächlichen Verhältnissen ist ein recht interessanter Kampf hervorgegangen. Das Berliner Polizeipräsidium hat an Genossen Dimmid die Aufforderung gerichtet, bei Vermeidung von 150 Mark Strafe die Statuten der Kommission einzureichen. Gegen diese Verfügung ist Beschwerde an den Oberpräsidenten und an den Minister des Innern gerichtet. Beide lehnten es ab, im Aufnahmewege die einer gesetzlichen Grundlage entbehrende Verfügung aufzuheben. Was nun thun? Der Polizeiprääsident bestand auf seinem formell rechtskräftig gewordenen Schein, der von Dimmid die Unmöglichkeit verlangte, nicht vorhandene Statuten dem Polizeipräsidium einzureichen. Dimmid mußte nunmehr dieser Verfügung nachkommen oder 150 M. bis in die Unendlichkeit hinein so oft zahlen, als eine polizeiliche Verfügung dies verlangte. So will es das formale Recht. Doch der Formalismus trägt kein Gegengewicht in sich selbst, er trägt den Formalismus als Leberwunder mit sich herum. Statuten werden auf bis dahin leeren Blättern geschrieben. Sie bestehen aus dem Papier und der auf ihm festgebundenen Schrift. Nicht vorhandene Statuten entbehren der Schrift. Soweit sie existieren — und ihre Existenz verlangt die Polizeiverfügung — befinden sie sich im Verzugszustand. Ein unbeschriebener Vogen stellt die Statuten gewissermaßen im Embryonalzustand dar. Jener Offizier arretierte 1848 jemanden wegen verurteilten Hochverrats, weil der Verhaftete ein leeres Blatt Papier bei sich führte, auf das eine Hochverratsaufforderung hätte geschrieben werden können. Dimmid fand einen unbeschriebenen Vogen, auf dem Statuten hätten stehen können. Diesen sandte er zur Erfüllung des polizeipräsidialen Befehls ein. Aber auch jetzt war der Polizeiprääsident nicht befriedigt. Durch eine neue Verfügung spricht er die Ansicht aus, Dimmid habe der gesetzlichen Verpflichtung zu entsprechen, Statuten der Agitationskommission einzureichen beziehungsweise rechtzeitig dafür Sorge zu tragen, daß der Verein gesetzlich fixierte Satzungen besitzt. Gleichzeitig setzte er gegen D. 150 M. Zwangsstrafe fest und drohte ihm weitere 150 M. Zwangsstrafe an. Gegen diese polizeiliche Verfügung hat D. das

Verwaltungsstreit-Verfahren eingeschlagen und ferner beantragt, falls eine „gesetzliche Verpflichtung“ zur Statutenfassung bestehe, gegen ihn das Strafverfahren einzuschlagen. In der That ist unerfindlich, auf welche gesetzliche Bestimmung der Polizeiprääsident glaubt seine Verfügungen stützen zu können. Die Kommission ist, wie das Kammergericht in einem gleichliegenden Fall anerkannt hat, kein Verein. Noch weniger ein Verein, welcher eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt. Wäre er ein solcher, so hätten drei Tage nach seiner Eristung Statuten eingereicht werden müssen. Wie soll D. 8 Jahre nach unbehelligter Lebensführung der Kommission „rechtzeitig“ dafür Sorge tragen, daß der Verein gesetzlich fixierte Satzungen besitzt? Das ist eine Unmöglichkeit. Und Unmöglichkeiten können auch durch polizeiliche Zwangsstrafen nicht in Wirklichkeit umgesetzt werden. Ist aber solch Jauberstücken möglich, so muß es auch durch einen anderen als D. ausgeführt werden können. Demnach hätte der Polizeiprääsident nach § 132 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung die zu erzwingende Forderung durch einen Dritten ausführen zu lassen, nicht aber Zwangsstrafen anzubringen oder festzusetzen. Die rechtliche Auffassung der Polizeiverfügung entbehrt eben nach allen Seiten hin der gesetzlichen Grundlage. Die Agitationskommission wird das lärmale Verprügelrecht, das in Preußen besteht, nicht aus den Händen geben und die Angelegenheit durch alle Instanzen hindurch führen. Die Polizeiverfügung stellt einen Eingriff in das Recht, sich zu unterhalten, und in das Recht dar, daß vermeintlich strafbare Handlungen nicht durch polizeiliche Erkenntnisstrafen, sondern durch den Richter geahndet werden. Zur Zeit schwebt die Sache beim Oberpräsidenten.

Im städtischen Arbeitshause betragen die Bevölkerungsziffern während der Monate April bis Juni 1899: A. Korrigenden am 31. März 1899 1196 (1076 Männer, 119 Frauen); der Zugang betrug während der angegebenen Zeit 301 (264 Männer, 37 Frauen), der Abgang 305 (274 Männer, 32 Frauen), zusammen am 30. Juni 1899 1190 (1066 Männer, 124 Frauen). B. Hospitaliten, am 31. März 1899 518 (415 Männer, 103 Frauen); der Zugang betrug 202 (171 Männer, 31 Frauen), der Abgang 198 (171 Männer, 27 Frauen), zusammen am 30. Juni 522 (415 Männer, 107 Frauen). Ueberhaupt A und B am 31. März 1899 1713, Zugang 503, Abgang 504, am 30. Juni 1712 Personen. Als Kranke befanden sich am 30. Juni 1899 in dem Lazarett der Anstalt und in den Lazarettstationen des Hospitals von den Korrigenden 90 Männer und 23 Frauen, von den Hospitaliten 147 Männer und 59 Frauen, überhaupt 289 Personen. Während der Monate April bis Juni 1899 befanden sich im Arbeitshause durchschnittlich täglich von den Korrigenden 1199 Personen, von den Hospitaliten 622 Personen. Im Durchschnitt waren demnach täglich 1721 Personen von der Arbeitshausverwaltung zu verpflegen.

Mit dem Oberbau eines großen Kraftwerkes für die Centrale der elektrischen Hochbahn ist jetzt an der Trebbinerstraße, auf den freigelegten Grundstücken der Häuser Trebbinerstraße 1—3 und des Schanzen Tempelhofes Nr. 30 begonnen worden. Die mächtigen Eisenträger, die beim Bau Verwendung finden, sind bereits angefahren und werden augenblicklich auf den Fundamenten aufgerichtet. Für die ganz in der Nähe projektierte mächtige Ueberführung der elektrischen Hochbahn über die Gleisanlagen der Potsdamer Bahn nach der Demetwitzerstraße hin sind ferner die kolossalen haushohen Mauerpfeiler bereits sämtlich bis zu ihrer vollen Höhe emporgeführt. Wie man schon jetzt sehen kann, wird diese Hochbahnbrücke die größte und höchste derartige Anlage Berlins werden.

Der Botanische Garten hat seit langer Zeit nicht so viele Besucher gesehen, wie sich am gestrigen Donnerstagnachmittag zur Wüste der Victoria regia dort eingefunden hatten. Bereits um 1/2 5 Uhr, als das die berühmte Pflanze bergende Glashaus für das Publikum geöffnet wurde und die Kasse sich allmählich zu entfallen begann, waren Tausende erschienen, welche auf dem zu dem Hause führenden breiten Wege eine dichte Kette bildeten. Der Andrang wurde noch und nach so stark, daß als um 7 Uhr der Garten geschlossen wurde, eine große Anzahl der Besucher noch Hause gehen mußte, ohne von der Victoria regia etwas gesehen zu haben. Viele stürmten auch über den Rasen hinweg und umstanden das Haus von außen, um wenigstens ab und zu einen Blick auf die herrliche Blüte werfen zu können, soweit dies eben bei der sich im Innern des Hauses beständig einengenden Menschenmasse möglich war.

Durch den Genuß von Tollkirschen hat der zwölfjährige Sohn des Handelsmanns W. in der Uckerstraße seinen Tod gefunden. Der Knabe hatte am Mittwoch die Süßwurz in einem Garten bemerkt und dieselben für Mandarinen gegessen. Die Folgen des Giftes machten sich bald bemerkbar, doch versuchte der Knabe, seinen Zustand den Eltern gegenüber zu verhüllen, da er befürchtete, wegen Betretens und Diebstahls in einem fremden Garten bestraft zu werden. In der Nacht stellte sich hochgradiges Fieber und Erbrechen ein und wurde sofort seitens der nun aufmerksam gewordenen Eltern ein Arzt herbeigeholt. Nunmehr legte der geangstigte Knabe ein Geständnis ab, leider zu spät. Trotz der ärztlichen Bemühungen verstarb der Kleine gestern morgen unter unglücklichen Leiden. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

An der Ausführung eines Selbstmordes gehindert wurde vorgestern früh der 20-jährige Kaufmann W., der den Versuch machte, sich in der Spree bei Trepptow zu ertränken. W., der sich schon seit Wittwenschaft in Trepptow aufhielt und durch sein schwebes Wesen die Aufmerksamkeit eines Schiffers hervorrief, wurde von diesem beobachtet. So konnte der Kaufmann, als er vom Trepptower Park aus sich in die Spree stürzte, noch rechtzeitig gerettet werden. Die Veranlassung zu dem Selbstmordversuch war ein unheilbares Leiden.

Mit Strichnien vergiftet hat sich die 20 Jahre alte Haushälterin Marie Meißner, die seit einem Jahre bei der Familie Liebelt in der Pringensstraße 13 wohnte. Frau M. wollte ihrer Mieterin am Donnerstag den Kaffee bringen und fand sie, mit Nachtjacke und Hemd bekleidet, tot auf dem Fußboden liegend auf. Ein Arzt glaubt an Vergiftung. Marie Meißner hat mit einem Kaufmann ein Liebesverhältnis unterhalten; ob aber der Tod damit in Verbindung gebracht werden kann, steht dahin.

Einige Erregung verursachte am Donnerstagnachmittag gegen 5 1/2 Uhr der Möbeldiebstahl Paul Kuffels, der in der Griebentwitzerstraße das 3 1/2-jährige Mädchen Martha Kottler durch Ueberfahren tödlich verletzt hatte, und mit seinem Fuhrwerk zu entkommen versuchte. Kuffels hatte bei seiner Annäherung das Kind nicht durch Juris auf die Gefahr aufmerksam gemacht; sein Wagen war ihm über den Kopf gegangen. Die Kleine, die man noch der Rettungswache in der Kastanien-Allee brachte, starb unter den Händen des Arztes. Inzwischen jagte K. nach der Hönkliche zu davon und wäre entkommen, wenn nicht ein Wadzfahrer ihn verfolgt und seine polizeiliche Feststellung bewirkt hätte.

In dem Leichensund an der Lessingbrücke wird berichtet, daß die Persönlichkeit auch heute noch nicht erkannt war. Zu der bisherigen Beschreibung ist noch hinzuzufügen, daß der Strumpf am linken Bein, der nicht zerrissen war, wie der „Sokal-Anzeiger“ schreibt, aber nicht gesehen hat, unter dem Arme mit einem gelben Strumpfband aus Wummel festgehalten wurde. Das Strumpfband hat kein Schloß, besteht vielmehr nur aus einem zusammengehängten Streifen. Die Wunden sind derart bedeutend, daß sie von einem Wundstahle nicht herrühren können. Die Leiche weist sogar verschiedene Wunden an starken Knochen auf, die nicht leicht mit Haken beigebracht werden können. Die Wunden am Fleisch lassen

*) Zu den Ausführungen des Herrn Perlmann haben wir zu bemerken: Was die Verichterstattung über die erste Versammlung anlangt, so war es durch einen unglücklichen Zufall verkannt worden, von seitens der Redaktion einen Vertreter in die Versammlung zu entsenden. Die Verichte der bürgerlichen Presse, die nach den eigenen Worten des Herrn Perlmann die Sache teils „lächerlich“ zu machen suchten, teils ihn „feindlich“ gegenüber traten, mochten wir nicht benötigen. Bekannt machen aber konnten wir die Versammlungen nicht, weil sie in Lokalen abgehalten wurden, deren Wirte sich weigern, der Arbeiterschaft ihre Säle zur Erörterung ihrer Berufs- und Klasseninteressen herzugeben. Red. d. „Vorw.“

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 6 bis 8 Uhr abgehalten.
H. G. G. Briefliche Antwort erteilen wir nicht. Der Schiedsmann ist durchaus im Recht. Wenn Sie einen Zahlungsbefehl erwirken wollen, so müssen Sie sich selbst an das Amtsgericht mit dem Antrag auf Erlass eines solchen wenden.
R. B. Wahrheitslich, allein wir verfügen über keine derartige Adresse.
H. B. 100. 1. Rein. 2. Er kann dann wegen Verletzung verhaftet werden.
C. 1. Na. - P. 2. 22. Sie müssen beim Amtsgericht Zahlungsbefehl wegen des Restes beantragen und, falls der betreffende Widerspruch erhebt, Klagen.
G. 100. 1. Mit der Doppelversicherung gegen Krankheit verhält es sich folgendermaßen: Ein Krankentafel-Versicherungspflichtiger kann niemals gleichzeitig zwei Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Bau-, Annungs- oder Anapropolis-Tafeln angehören.
Wetter-Probgnose für Sonnabend, den 29. Juli 1899.

Müller 100. Sobald das Faß aufgestellt ist, teilen wir es Ihnen mit; gedulden Sie sich bis dahin.
Vormann. Wenden Sie sich an die Gewerkschaft. - G. 2. Es kann Ihnen nur der für zwei Monate zu entrichtende Ableibetrug in Abzug gebracht werden.
J. K. 10. Sie müßte innerhalb drei Monaten die Entscheidung unter Überreichung der Arznbildungsdiplome und der händelantischen Zeugniskontrollen bei dem Vorstande der hiesigen Versicherungsanstalt, an welcher zuletzt Beiträge entrichtet worden sind, den Antrag auf Wiederherstellung stellen.
Zwei Streitende. 1. Ja. 2. Sie können sich an das Vormundschaftsgericht unter Vorlegung des Sachverhalts wenden.
Niedel. Schriftliche Antwort erteilen wir nicht. Die Verantwortung Ihrer Frage hängt davon ab, wieviel Rente Sie zahlen, ob monatliche, vierteljährliche oder jährliche Rente vereinbart ist und wieviel die jährliche Rente beträgt.
A. K. 100. Die Ihnen von der Anstalt erteilte Auskunft ist zutreffend; einen Anspruch auf Rückerstattung der Ableibeträge haben nur die Witwe und die Kinder.
G. G. Rixdorf. Das Gewähren wäre fernerpflichtig. Die Nichtbeachtung würde etwa 96 M. Gewerbeversicherungsbeitrag für eine jährliche Verkaufte und in der Bude Bezugslos kosten.
G. 2. 100. Rein.

Witterungsübersicht vom 28. Juli 1899, morgens 8 Uhr.
Table with columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Wolkendeckung, Wetter, Temp. u. G. Stationen, Barometer, Windrichtung, Wolkendeckung, Wetter, Temp. u. G.

Marktpreise von Berlin am 27. Juli 1899 nach Ermittlungen des Hl. Polizeipräsidiums.
Table with columns: D. Ctr., 16.10, 14.70, Schweinefleisch 1 kg, 1.80, 1.-, 1.60, 1.-, 1.60, 1.-, 2.40, 2.-, 3.00, 2.40, 2.00, 1.80, 2.80, 1.20, 2.80, 1.20, 1.50, 0.80, 2.50, 1.20, 1.40, 0.80, 12.-, 2.50

*) Weizen 15.05, Roggen 13.50, Futtergerste 15.50, Hafer gut 14.90, Hafer gering 14.90, Rüböl hoch 4.16, Rüböl niedrig 6.30, Gersten 40.-, Weizenrohnen 50.-, Weizen 70.-, Kartoffeln, neue 10.-, Rindfleisch, Keule 1 kg 1.60, do. Bauch 1.20.
*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Kollerningehölze - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.
*) Kleinhandelspreise.
Produktenmarkt vom 28. Juli. Die Getreidemärkte haben bei Schluss des gestrigen Verkehrs noch eine leichte Abschwächung erfahren und diesen heute unverändert.
Kartoffelfabrikate. Feinste Kartoffelfabrikate per 100 kg brutto inkl. Sack -.- M. Prima trockene Kartoffelfabrikate per 100 kg brutto inkl. Sack und Mehl 19.40 M., do. Supra trockene Kartoffelfabrikate per 100 kg brutto -.- M. Kartoffelmehl per 100 kg brutto -.- M. Prima Kartoffelmehl per 100 kg 19.50 M.

Verband der Möbelpolierer.
Mittwoch, den 2. August, bei Urban, Friedrichsbergstraße 11: Sitzung der Vertrauensmänner.
Die Mitglieder werden ersucht, in der öffentlichen Versammlung am Montag, den 31. Juli, bei Keller, Koppenstr. 20, pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Möbelpolierer.
Montag, den 31. Juli, abends 8 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 20: Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Bericht des Delegierten, und wie helfen wir und in Zukunft zu der Berliner Gewerkschaftscommission? 2. Verschiedenes. - Den Kollegen zur Kenntnis, daß auf unsern Wunsch kein Bicheltdorfer Bier ausgeschenkt wird.
Der Vertrauensmann: A. Niese.

Achtung! Achtung!
Brauerei-Arbeiter.
Am Sonntag, den 30. Juli, nachmittags 2 Uhr, im Saale des Herrn Cohn, Weuststraße 18-21: Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Der Boykott über die Brauerei Bicheltdorf und die damit verbundene Lohnreduzierung, sowie Verlängerung der Arbeitszeit. 2. Diskussion und Beschlüsse.
Die Direktion der Bicheltdorfer Brauerei, sowie die Interessenten derselben werden hiermit eingeladen.
Der Vertrauensmann.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“ Köpenick.
Sonntag, den 30. Juli, nachmittags 4 Uhr: (12/6) Gemütliches Beisammensein und Theater-Vorstellung im Lokale des Herrn G. Lindenhayn, Grünau.
Sämtliche Bundesmitglieder laden freundlichst ein.
Der Vorstand.
Allen meinen Freunden und Bekannten die Mitteilung, daß ich Aurfürstendamm 126 (Halensee) ein Gartenlokal übernommen habe. Für Kreutzer, Fußpartien die erste Station am Bahnhof Halensee. Zahlreichen Besuch entgegensehend.
Paul Hilpert.

Jägerhaus Schönhauser Allee No. 103.
Reiz renov. Garten (1000 Personen fassend) mit neugebauter Bühne für Vereine. Großer Tanzsaal.
Grösste Volksbelustigungen in ganz Berlin.
Kaffeeküche von 2 Uhr an geöffnet.
Wo? in der schönste Ort für Herrenpartien und Ausflüge? Auf der Insel Bichelowerder 16712* beim alten Freund.
Neue massive Dampf-Anlegehelle.

Ober-Schöneweide, Siemensstr. 5, Rest. Haferland.
Inh. Toepfer.
Schöner schattiger Garten, Kegelbahn, Tanzsaal.
Kaffeeküche, Ltr. 60 Pf. Bayrisch 10 Pf. Weissbier 20 Pf.

Charlottenburg-Westend.
Hoffmanns Volksgarten, Kasanien-Allee 1.
Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten.
Zwei Kegelbahnen - Kaffeeküche.
Im Garten jeden Sonntag: Frei-Konzert.
Täglich: Grosses Esselfahren.
Carl Hoffmann, Alexanderstr. 37c (Qualitäts-Garten).

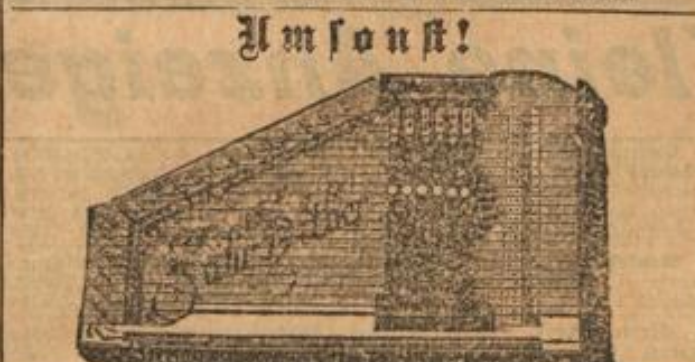
Potsdam.
Boigts Blumengarten.
Empfehle mein großes Garten-Restaurant allen Vereinen und Bekannten zur geneigten Beachtung.
Joh. Hahn.

Saatwinkel „Jägerhäuschen“
für Vereine u. Land. Großer Saal, idyllischer Garten, Becken, große Ausspannung, Kaffeeküche, verdeckte Kegelbahnen.
Segler-Schloss, Hankels Ablage
am Wald und Wasser gelegen, empf. sich den vereinen und Gesellschaften.
Mein Lokal ist Sonnabend, den 29., und Sonntag, den 30. Juli für Vereine noch frei.
W. Heinrich.
Zähne 2 M.
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos Zahnziehen 1 M. Plomben 1.50 M. Teilzahl. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW., Weuststraße 2.
Soeben erschienen:
Die Knebelung der Arbeiterklasse durch das Junkerparlament.
Von Paul Hirsch.
Preis 20 Pf. Porto 3 Pf.

Wirtshaus Schmargendorf, Warnemünder Strasse 6.
Bringe hiermit allen Freunden und Genossen mein Vokal in empfehlende Erinnerung. Jeden Sonntag: Großer Ball. 19109*
Kaffeeküche von 2 Uhr ab geöffnet. Carl Baier.
Treptow. Kohlwein's Keglerschlösschen, Köpenicker Landstrasse, Saal, Kaffeeküche, Kegelbahnen.
Vereinen und Herrenpartien bestens empfohlen. Bayrisch-Bier Glas 10 Pf. Kaffeeküche täglich von 3 Uhr ab geöffnet. [1756L*]
Kinder-, Puppen-, Sport-, Kasten-, Leiter-, u. Ziegenhockwagen, Kindertische, Kinderklappstühle, Krankenwagen, auch laihweise für Erwachsene u. Kind., Triumphstühle. Reise- u. Pappekorbe, Blumentische, Korbbänne jeder Art, Kinderbettstellen. Grösstes Lager Berlin. Auf Kinderwagen gest. Teilzahlung. A. W. Schulz, Brunnenstr. 95, vis-a-vis Humboldtthain, 3 Min. v. Bahnh. Gesundbr. Fernspr. Amt III. 1767. 95
Musterb. grat. u. fr. Bitte auf Nr. 95 z. achten.

Amsonst!
nicht, aber speziell, denn nur für 6 Mk. verleihe ich gegen Rücknahme eine große hochreife Concert-Accord-Fähler mit 6 Klaviern, 25 Saiten, elegant ausgestattet, wunderbar im Ton und in einer Stunde zu reinigen.
Praktischer Preis dieser Fächer das Doppelte. Versandt kommt mit neuerer Schulte, Notenbücher, Stimmapparat, Schüssel, Ring und Karten. In seiner Familie dürfte ein solcher Pracht-Instrument selten. Inmahlige Accord-Fähler 2. 20. Herr Bellert in A. schreibt: Mit grösster Fächer sehr zufrieden. Sprache meine volle Anerkennung darüber aus. Täglich zahlreichste Pankstücken und Fachschreibungen. Was dieser Fächer bei der Musik-Instrumentenfabrik
Heinr. Suhr, Neuenrade i. W.



Neu! Achtung! Neu!
Dermitt meinen Freunden und Bekannten zur gefälligen Nachricht, daß ich von jetzt ab goldklares Weißbier vom Faß ausshänke. Um freundlichen Zuspruch bittet
Emil Koepnick, Schillingstr. 30a, Ecke Nagelschtrasse.

Für Fabriken, Werkstätten, Kantinen etc.
Lieferer ist: (2207V*)
40/2 Pl. Export-Weißbier f. 3.- M. (von welcher Brauerei gewünscht wird).
Abrechnung kann wöchentlich erfolgen.
Es umföngt. Einlösen selbweise.
A. Seidler,
Berliner Export-Weißbier-Brauerei,
Schöneberg-Berlin W., Sedanstrasse No. 82.

Adolf Battist.
Dieses zeigen tiefes Bedauern an im Namen der Hinterbliebenen.
Die trauernden Witwe und Kinder.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. Juli, nachm. 5 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf aus statt. 15695

Todes-Anzeige.
Am 25. Juli fand plötzlich mein lieber Sohn, unser lieber Bruder und Schwager, der Tischler
Wilhelm Sturzebecher
im 47. Lebensjahre. 15688
Die Beerdigung findet am 30. Juli, 5 Uhr nachm., von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.
Am 25. Juli fand ganz plötzlich unser lieber Kollege, der Tischler
Wilhelm Sturzebecher.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. 15620
Gedre seinem Andenken!
Die Kollegen d. Tischler von G. Olm, Köpenickerstr. 127.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler
n. anderer gewerblicher Arbeiter.
Cerridische Verwaltung Berlin W.
Mitglieder-Versammlung
am
Montag, den 31. Juli 1899, abends 8 Uhr
im
Lokale des Herrn Tolkendorf, Gortelstr. 58.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1899;
2. Bericht des Delegierten;
3. Beschlüsse.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. 184/13
Die Kreisverwaltung.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“
Morgentaux der Bundesvereine nach
Hüderdorf.
Abfahrt 8 Uhr von Noth, Köpenicker Landstrasse. - Donnerstag: Haupt-Versammlung Hindenburgstr. 26. 12/7

Technikum Eutin,
Maschinenbau-, Baugewerk-, Tiefbau-, Wege- und Bahnmater-Schule mit Praktikum.
Abiturienten anderer Bauschulen finden im Praktikum weitere Ausbildung. Specialkurse zur Verfertigung der Bauzeit. Progr. kostenlos durch die Direktion. 81/18*

Fahrräder,
hochdelegant, stabil, Garantie 1 Jahr, 125 Mark in der Fabrik (Oranienstrasse 33, II)
Hans Kayser
Gärtner Bohnhof, Platz 6.
Billigste Bezugsquelle für Press- u. Steinkohlen.

Hüte, Schirme.
Gewähre den Genossen bei Vorzeigung dieser Annonce 5 Pf. 16724*
Otto Gerholdt,
2 Dresdenerstr. 2, Ecke Wallgasse

Arbeiter-Berufsartikel u. Wäsche
auswählend eigenes Fabrikat. - Specialität: Arbeiter-Berufsartikel: Bian Röber-Jacken 2. 1.05, feigend je nach Größe um 10 Pf., blau gefärbt, in allen Längen, 2. 1.05. Arbeiterhemden, Blusen, Wäcker, Röber u. Monierhemden. D. Wurzel & Co., Waingelstr. 17.

Herren- u. Konfirmantenhüte, alle Farben, nur neue moderne Sachen, (16411)*
Prima Qualität 1.50 und 2.-
Die beliebtesten Arbeitshüte immer 1 Mk.
früher Barnimstr. 4 u. 5.
Jetzt Kaiserstrasse 25 A.

Jeder Arbeiter
Jeder Handwerker
sollte zur Arbeit
die Lederhose Merkules tragen.
Allein Verkauf. Sehr starke Ware in praktischen grünen u. braunen Streifen.
Hüften u. vorn am Bund aus einem Stoff gearbeitet. Riemhölzer u. Koppnähte. Beste Leder-Pilot-Taschen, die Hofe
(bei Aufnahme von) 4 Mk. 50
(6 Stück 26 Mk.)

Baer Sohn
Ein gross. Export. Ein detail.
Berlin N., Berlin 80.,
Chauffeurstr. 21a, Reichenstr. 11.
Berlin O.
Gr. Zeughausstr. 16.
Die 13te Preisliste (Rust. 1 Million) über gesamte Herren- und Knaben-Bekleidung wird gratis u. franco versandt.
Verlang von 20 Mk. an franco. - Bei Bestellung genügt Angabe der Brust u. Bundweite u. Schnittlänge.
(Radfabrik verboten!)

Für Landpartien und Sommerfeste
empfehlen wir in großer Auswahl:
Stadlaternen, Campions-Röhren,
Papiermützen usw.,
Ansichts-Postkarten,
Gardier und Vereine erhalten die höchsten Engrospreise. 2066V*
S. & G. Saulsohn, Berlin C.,
Kaiser Wilhelmstrasse 19a.

Besonders preiswert!
Garantiert rein Mexiko,
pro Stück 6 Pf., 100 Stück 5.50 M.,
Wiederwählern Engros-Preise.
C. Pessori, SO., Mariannenstr. 11, 2ab.

Hans Kayser
Gärtner Bohnhof, Platz 6.
Billigste Bezugsquelle für Press- u. Steinkohlen.

Hüte, Schirme.
Gewähre den Genossen bei Vorzeigung dieser Annonce 5 Pf. 16724*
Otto Gerholdt,
2 Dresdenerstr. 2, Ecke Wallgasse

Arbeiter-Berufsartikel u. Wäsche
auswählend eigenes Fabrikat. - Specialität: Arbeiter-Berufsartikel: Bian Röber-Jacken 2. 1.05, feigend je nach Größe um 10 Pf., blau gefärbt, in allen Längen, 2. 1.05. Arbeiterhemden, Blusen, Wäcker, Röber u. Monierhemden. D. Wurzel & Co., Waingelstr. 17.

Herren- u. Konfirmantenhüte, alle Farben, nur neue moderne Sachen, (16411)*
Prima Qualität 1.50 und 2.-
Die beliebtesten Arbeitshüte immer 1 Mk.
früher Barnimstr. 4 u. 5.
Jetzt Kaiserstrasse 25 A.

